aus dem Kreml Stalins seine Gunst der Partei der schwarz-rot-goldenen Reaktion, in dessen Zeichen Toller einst in Niederschönefeld saß, wo er seinen „Hinkemann" schrieb, der Partei Noske wieder zugewandt haben soll. Einer Partei, welche am gleichen Tage, an dem diese Kundgebung stattfand, im Strafrechtsausschuß des Reichstages im Verein mit den Stimmen des Bürgertums die neuen Formulierungen des Hochverratsverfahrens annahm. Es ist klar, daß ein Mann, der diese seine eigene Stellung nicht als kompletten Widerspruch erkennt, dem sensationslüsternen Publikum vom Schlage der „Welt am Montag" erzählen konnte, daß die Demokratie im Kampfe für das Prinzip der Freiheit zur Macht gekommen sei. Wir sind dagegen der Meinung, daß das Prinzip der Freiheit in der bürgerlichen Revolution ist, die Freiheit der Ausbeutung, die Freiheit des Geldsackes und die noch schärfere Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die Aufhebung derartiger Zustände kann nicht zum Ziele haben, daß die ehemaligen Zuchthäusler, soweit sie auf den Barrikaden für die Revolution standen, dem servilen Bürgertum durch Schilderungen der grauenhaften Zustände einige vergnügte Stunden zu schaffen. Für die Herrschaften mit Auto und Pelzmäntel, welche mit langgestielten Lorgnetten lusthaft ihre einstigen Opfer betrachteten, ist das Elend, sind Torturenqualen proletarischer Gefangener immer eine Befriedigung ihrer unnatürlichen, perversen Gefühle.

Es wäre daher für die proletarische Klassenbefreiung tausendfach wertvoller, wenn die Genossen Plättner, Mühsam, sowie auch Max Hölz ihre Schilderungen vor der breiten Masse der Berliner Arbeiterschaft zu Ohren brächten, wir würden allerdings empfehlen, den Ministersozialisten und Brandler-Kumpan Zeigner nicht mitzubringen. Es war an diesem Abend schon eine starke Belastungsprobe für alle anwesenden Arbeiter, den „Organisator des roten Schreckens" mit dem Sozialdemokraten Zeigner von einer Bühne, für eine „Sache" „kämpfen" zu sehen.

Schreiendes Wohnungselend

Die Baukonjunkturen der letzten Jahre waren gut. Besonders die vorjährige war als Hochkonjunktur ersten Ranges anzusprechen. Auch in der diesjährigen fehlte es, wenn wir der bürgerlichen, der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspresse Glauben schenken dürfen, hier und da des öftern an Facharbeitern des Baugewerbes. Und es ist kein Grund, dies abzustreiten. Wir sehen die Entwicklung der Neubauten langsamer vorangehen, als dies den hohen Kapitalzinsen entspricht, die doch recht schnell durch die Miete realisiert werden sollen.

Es wird flott gebaut. Das ist augenscheinlich. Wenn wir nur Berlin betrachten, wo doch die Wohnungsnot noch nicht am größten ist, so können wir die Baukonjunktur mit den Händen fassen. Wer nach längerer Zeit andere Stadtteile aufsucht, findet oft ganze Blocks neuer Häuser vor. Besonders in den Vororten sind oft ganze Stadtviertel neu entstanden. Oft scheint es, als wäre schon viel zu viel Grünfläche und Wald vernichtet und mit Wohnungen bebaut. Und die Staaten und Kommunen geben ja Rechenschaft für die Verausgabung der Mietsteuer und der Steuern anderer Art, die in Wohnhäuser umgesetzt wurden. Da wurden 1000, 2000, 3000, 15 000, 30 000 gebaut. Die Baugesellschaften, die „gemeinnützigen", die mit Unterstützung der öffentlichen Hand arbeiten, bauen nicht minder flott. Und dann die vielen tausende Private, die mit Staats- und Gemeindeunterstützung bauen. Hunderttausende Neubauwohnungen sind so erstanden.

Ist die Wohnungsnot noch nicht bald beendet? Lange kann es doch nicht mehr dauern?

Bis jetzt hat sich die Wohnungsnot ständig vergrößert!

Die ganze Bauerei war noch nicht mal der Tropfen auf den heißen Stein. So sehr sich die Statistik auch bemüht, das Wohnungselend zu verkleinern, es wird immer größer und größer. Allein durch Eheschließungen — abgerechnet die durch Tod und Ehescheidungen freiwerdenden Wohnungen — entstand seit 1914 bis 1916 ein Mangel an 1,75 Millionen Wohnungen. Am 17. Mai 1927 wurde eine Wohknungszählung im ganzen Reich durchgeführt für alle — 1175 — Gemeinden über 5000 Seelen, welche angeblich 7760000 Familien ohne eigene Wohnung auswies; in 6877 Gemeinden unter 5000 Seelen wurden 127 000 Familien ohne eigene Wohnung festgestellt, und für die nichtgezählten zirka 55 340 Gemeinden unter 5000 Seelen wurde schätzungsweise eine Fehlzahl von 50- bis 100 000 Wohnungen angenommen, „weil es sich um in erster Linie rein ländliche Gemeinden handelt, die zum großen Teil kaum einen Wohnungsmangel aufweisen."

Nun sind tatsächlich nach „Wirtschaft und Statistik" (Aug. 1928, S. 688—690) in den gezählten 6877 Gemeinden unter 5000 die Fehlzahlen ermittelt in Gruppen „unter 1000" „1000 bis 2000", „2000 bis 5000". Die gezählten Gemeinden verteilen sich auf alle preußischen Provinzen, Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen etwa 85 Prozent der Bevölkerungszahl Deutschlands und ergeben als auf 100 Wohnungen entfallend folgende Fehlzahlen:

für 11 Provinzen: 1 Ostpreußen, 2 Brandenburg, 3 Pommern, 4 Niederschlesien, 5 Oberschlesien, 6 Sachsen, 7 Schleswig-Holstein, 8 Hannover, 9 Westfalen, 10 Hessen-Nassau, 11 Rheinprovinz; 5 Länder: 12 Bayern, 13 Sachsen, 14 Baden, 15 Thüringen, 16 Hessen und 17 Land Preußen, 18 Reich.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	1-16	17	18
unter 1000 Seelen	6,9	6,8	7,3	3,4	3,3	8,3	7,0	7,7	9,2	8,8	7,4	5,2	5,2	3,0	7,8	5,6	6,4	7,0	5,1
1000 - 2000 Seelen	4,9	5,9	8,9	3,7	6,4	8,5	8,7	8,0	7,8	9,0	7,4	4,6	5,7	3,3	6,2	6,7	6 6	7,3	6,5
2000 - 5000 Seelen	4,1	5,0	5,3	4,0	5,1	6 4	6,6	6,8	7,1	6,4	6,4	4,1	6,3	3,0	4,8	6,2	5,4	6,0	5,2
ganze Einw.-Zahl	8,5	6,4	8,4	6,4	8,2	8,5	8,5	10,3	9,8	9,8	8,2	8,0	8,2	5,4	5,6	6,8	8,0	8.6	8,4

Zur Vervollständigung seien noch angeführt die Fehlzahlen für die Bezirke, in welchen für die Gemeinden unter 5000 Seelen eine besondere Zählung nicht vorgenommen ist:

19 Stadt Berlin	9,3	27 Anhalt	8,0
20 Grenzmark	6,0	28 Bremen	5,5
21 Hohenzollern	3,9	29 Lippe	4,0
22 Württemberg	6,5	30 Lübeck	5,8
23 Hamburg	12,3	31 Mecklenburg-Strelitz	4,6
24 Mecklenburg-Schwerin	5,3	32 Waldeck	3,5
25 Oldenburg	4,9	33 Schaumburg-Lippe	4,1
26 Braunschweig	8,3		

Die für die obigen kleinen Gemeinden der 11 Provinzen und 5 Länder ermittelten Hundertzahlen weichen so wenig vom Durchschnitt 5,5 ab (6,4 als Durchschnitt unter 1000, 6,6 für 1000 bis 2000, 5,4 für 2000 bis 5000), daß keine Veranlassung vorliegt, bei den nichtgezählten 55 340 Gemeinden stark abweichende Verhältnisse anzunehmen. Die stark ländlichen Bezirke Ostpreußen, Brandenburg, Pommern haben 6,9, 6,8, 7,3 als Fehlzahl (unter 1000), während bei den gezählten 6877 Gemeinden unter 5000 nur mit 5,5 gerechnet ist. Wenn wir alsdann für 55 340 Gemeinden die gleiche Fehlzahl — 5,5 — annehmen, dann kommen wir zu einer weiteren Fehlzahl von 265 000 und zu einer Gesamtfehlzahl von 1 168 000 Wohnungen für das Reich. Nach unserer Ueberzeugung ist diese Zahl erheblich zu niedrig. Die Reichsstatistik spricht von einer in fremde Haushaltungen eingegliederten Familienzahl von 10 v. H. gegen 2 v. H. der Vorkriegszeit. Das wäre 1927 bei 17 Millionen Familien 1 700 000 Familien ohne eigene Wohnung.

Nun aber ist mit diesen Zahlen die wirkliche Höhe des Wohnungselendes nicht entfernt erfaßt. Auch vor 1914 lebten annähernd 2 Millionen Familien in Deutschland in menschenunwürdigen Wohnungen; 4 bis 5 v. H. hatten nur einen Raum, 18 v. H. nur zwei, 28 v. H. nur drei Räume. Nehmen wir davon nur 3+6+4 v. H. als überfüllt an, dann können wir zu 13 v. H. von 15 Millionen Familien = 1 950 000 Familien. Dabei sind die Zahlen der überfüllten Wohnungen wahrscheinlich zu niedrig gegriffen! Ungesunde Keller-, Dachgeschoß- und andere minderwertige Wohnungen sind ganz außer Betracht gelassen. Aber wir brauchen auch einen Leerstand von mindestens 1½ v. H. (für Reparaturen, die längere Zeit in Anspruch nehmen, Eheschließungen usw.) d. h. bei heutigen 17 Millionen Familien 250 000 Wohnungen. 20 Jahre, seit 1914, vergehen mindestens, ehe 3- bis 400 000 abbruchreife Wohnungen abgebrochen werden. Mindestens 250 000 Friedenswohnungen sind in Bureaus und Läden umgewandelt. Die früher leerstehenden Wohnungen reichten schon für die Rückwanderer kaum aus.)

Es fehlen also in Deutschland Wohnungen:

a) Ersatz für Leerstand	250 000
b) für abbruchreife Wohnungen	300 000
c) für überfüllte Wohnungen	1 950 000
d) für Fehlzahl (zu niedrig)	1 500 000
Insgesamt:	4 000 000

Diesem Wohnungselend zu steuern, das sehen wir heute, 10 Jahre nach dem Kriege, ist der Kapitalismus nicht mehr gewachsen. Das Kapital lebt in steigendem Maße von der zunehmenden Ausbeutung. So enorm die Profite sind, die eine kleine Schicht aus der großen Arbeitermasse zieht, der Kapitalismus ist nicht imstande, dem Proletariat Löhne zu zahlen, daß es Mieten zahlen könnte, die das Bauen der 4 bis 5 Millionen Wohnungen gestatten und rentabel machen würde. So wird das Elend, das leibliche und seelische und das Wohnungselend in steigendem Maße immer wieder von neuem reproduziert. Eine Nation geht zugrunde an der Degenerierung, an den körperlichen und seelischen Qualen, die das Wohnungselend erzeugt. Alle diese „Kriminalfälle", mit denen sich die Klassenjustiz beschäftigt, die Blutschande und Sittlichkeitsverbrechen, die Ehestreitigkeiten und Zänkereien, aber mehr noch die Hunderttausende, ja Millionen, die an Schwindsucht und ähnlichen Gebrechen jährlich zugrunde gehen, sind die Folgen der Wohnungsschande. Und schließlich ist diese nichts weiter als ein Symptom dafür, daß die bürgerliche Produktions- und Gesellschaftsordnung mit ihrer demokratischen Republik überlebt ist und in den Orkus gestoßen zu werden verdient.

Billige Bücher!
Wir empfehlen jedem Arbeiter den Besuch der
Büchermesse
in den Räumen der
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
BERLIN SO 36, Lausitzer Platz 13

Aus der Internationale

Tschechoslowakei

Die faschistische Demokratie.

Bei den Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen am 2. Dezember gab es sowas wie einen Linksruck, indem sich das Verhältnis auf Kosten der Klerikalen zugunsten der sozialistischen Parteien verschob. Dabei aber gingen die Bolschewisten leer aus, sie verloren einer parteioffiziellen Berechnung nach 6,6 Prozent der Stimmen von 1925, vor allem in den tschechischen Industriegebieten und zwar genau an die Sozialdemokraten. Diese qualitativen Umstände sagen mehr aus, als die bloßen Zahlen, die ja lange nicht maßgebend sind, man bedenke nur, daß die KPC. nach ihrem vorjährigen, bisher größten Wahlsieg prompt die größten Niederlagen erlitt. Tatenlos mußte sie den schärfsten Presse- und Versammlungsdrosselungen zusehen, knapp vor den Wahlen wurden das Zentralorgan und andere Blätter auf einen Monat verboten. Das Ekki hielt der KPC. in Form eines Offenen Hirtenbriefes eine Strafpredigt und bot dadurch so manchem Lumpen die prachtvolle Gelegenheit sich durch Zustimmung und Kopfnicken aus der Affäre zu ziehen. Als Heilspräparat gegen den nunmehr nicht wegzuleugnenden Opportunismus innerhalb der KPC. ordnete das Ekki die Ersetzung der Instanzen durch junge Arbeiter an. Das war natürlich ein gefundenes Fressen für karrieresüchtige Jünglinge und der eigentliche Beweggrund der meisten gegenwärtigen Diskussionen und Resolutionen zum Ekkibrief ist die Postenstreberei. Ein positiver Erfolg kann aber dennoch gebucht werden, indem bereits die richtige Erkenntnis sich den Weg zu bahnen beginnt. An der Spitze dieser Bewegung marschiert der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft des Gablonzer Bezirkes, der sich auf den Boden des Antiparlamentarismus, des Rätesystems und der Betriebsorganisationen gestellt hat.

Die Versumpfung der KPC. kommt nicht darin zum Ausdruck, wie sie aus den Wahlen hervorkam, sondern darin, daß sie in diese Scheinwahlen überhaupt hineinging. Ein Drittel der Landesvertreter werden vom bürgerlichen Klassenstaat ernannt, somit von vornherein eine reaktionäre Mehrheit gesichert. Außerdem wurde das Mindestalter der Wähler von 21 auf 24 Jahre erhöht, das Militär, vorwiegend proletarisch, wählt überhaupt nicht. Die Geschäftsordnung könnte glatt von Mussolini herstammen. Der Landespräsident hat außergewöhnliche Vollmachten. Er kann in vielen Fällen ohne Befragen des Hauses Mitglieder des Mandates verlustig erklären, aus eigener Machtvollkommenheit entscheidet er, wann er Anfragen und Beschwerden beantworten will. Eine Debatte darüber ist unzulässig. Die Abgeordneten haben keine Immunität. Der Vorsitzende kann, wenn es ihm paßt, allein die Oeffentlichkeit ausschließen und die Sitzungen für geheim erklären. Die schärfste Bestimmung ist aber die, daß über Gegenstände politischer Natur nicht gesprochen werden darf und wenn der Vorsitzende einen Gegenstand für politisch hält, kann er dessen Behandlung verbieten. Das ist eine lange nicht erschöpfte Aufzählung jener Bestimmungen, dennoch genügend, um zeigen zu können, daß die Demokratie auch so faschistischer Taten fähig ist. Man vergesse nicht, daß sich die KPC. gerühmt hat, hierzulande den Faschismus niedergeworfen zu haben, welcher Unsinn darauf zurückzuführen ist, daß sie rein mechanisch den Faschismus mit den paar Rotznasen der Faschistenpartei identifizieren.

Es kann als eine Schmach für das tschechoslowakische Proletariat bezeichnet werden, daß es für solche Schwindelwahlen sich hat mißbrauchen lassen. Nur unsere Gruppe hat in einem Flugblatt die richtige Losung herausgegeben: das Proletariat muß nicht nur gegen Schwindelwahlen, sondern gegen den Wahlschwindel überhaupt sein.

Oesterreich

Mit Gott zum Sozialismus.

In Oesterreich gibt es zum Unheil für die Arbeiterschaft eine starke Freidenkerbewegung. Anstatt den Klassenkampf aus seinen ideologischen Verhüllungen herauszuschälen und ihn zu führen als den nackten Machtkampf, der er ist, schleppen die Freidenker Berge von Ideologie heran, assyrische und babylonische Liturgik, Bibelkritik, Geschichte der Päpste, hat Jesus gelebt? usw. Durch derartigen Quatsch soll das Interesse des Proletariats von den Fragen des realen Kampfes abgelenkt und in das ungefährliche Gelände der Ideologie hinübergeleitet werden. Während in den Straßen Wiens die Arbeiter haufenweise niedergeschossen wurden, haben die Freidenker nicht aufgehört, sich mit der Frage zu beschäftigen, warum Origenes die Jesus erwähnte Stelle des Josephus Flavius nicht zitiert hat, wenn sie nicht gefälscht ist. Man hat es hier mit einer Art Aufklärungsverblödung zu tun, mit einer raffinierten Methode, aus revolutionären Proletariern räsonierende Kleinbürger zu machen, so daß man heute den berühmten Marx'schen Satz über die Religion neu formulieren könnte: Das Freidenkertum ist das Opium des Volkes.

Aber dem „Austromarxismus" ist auch dieses quatschende Freidenkertum noch zu revolutionär und die Wiener „Arbeiter-Zeitung" fühlt sich gedrängt, die Gegenbewegung der religiösen Sozialisten zu fördern und zu preisen, ja förmlich zu einem neuen Eckpfeiler im sozialdemokratischen Programm zu machen! Der Leitartikler schreibt ein ganzes Leintuch voll, um zu „beweisen", daß die Bourgeoisie in Oesterreich nur deshalb „noch" herrscht, weil große Volksteile, die religiös sind, von der angeblich religionsfeindlichen Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Wenn nun die religiösen Sozialisten auftreten und sagen: Seht her, wir sind gläubige Katholiken und dennoch Mitglieder der Sozialdemokratie, die Sozialdemokraten sind gar keine Gottesleugner, dann, nun dann wird der Rest der Bevölkerung, der noch nicht sozialdemokratisch organisiert ist, dies nachtragen und dann — ist der „Sozialismus" da. „Darum fürchten die Christlichsozialen nichts mehr als eine Bewegung christlicher Sozialisten! Das zu verstehen, ist wichtig — wichtig nicht nur für die gläubigen Proletarier, sondern fast wichtiger noch für die religiös indifferenten Arbeiter und für die antireligiös gesinnten, die Freidenker in unseren Reihen." So das Mistblatt. Die indifferenten Arbeiter sollen womöglich religiös werden, die Freidenker ihre antireligiöse Propaganda einstellen, damit die frommen Christen zur SP. kommen! Die werden es dann schaffen!

Die Zellenbauerei der Kirche in der Arbeiterschaft soll begünstigt werden! Während bisher die Religion Privatsache war, wird sie nun endlich doch zur Parteisache: Die allerneueste Parole des Austromarxismus lautet: **Durch Religion zum Sozialismus!** „Wenn erst das ganze Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie vereint sein wird, wenn erst Freidenker und gläubige Proletarier, trotz aller Verschiedenheit ihrer Weltanschauung, im Klassenkampf brüderlich vereint sein, wenn erst christliche Sozialisten Schulter an Schulter mit Freidenkern gegen die Christlichsozialen kämpfen werden, dann bricht die Grundlage der Kapitalsherrschaft zusammen." Und wodurch? Durch die Mehrheit im Parlament natürlich. Ausschließlich um die Stimmen handelt es sich, wie schon weiter oben in dem Artikel gesagt wird: „Die Christlichsozialen können die Republik nur beherrschen, weil bei jeder Wahl Zehntausende Arbeiter und Arbeiterfrauen, arme, kapitalshörige Handwerker und arme Kleinbauern für sie stimmen. **Sie können diese proletarischen Stimmen** nur erlangen, weil sie den armen gläubigen Proletariern einreden: Die Sozialdemokraten sind Gottesfeinde! Darum Parole: Mit Gott zur Mehrheit!

Was antwortet der Schmierer, wenn man ihn fragt, ob denn die Kapitalsherrschaft auf der Parlamentsherrschaft beruht und auf den armen Hascherln, die den lieben Gott um Lohnerhöhung bitten? Ob sie nicht vielmehr auf den Kanonen und Maschinengewehren der Bourgeoisie beruht und — auf der Sozialdemokratie? Wenn man ihm entgegenhält, daß die Sozialdemokratie ja schon von 1918 **bis 1920 die Mehrheit gehabt hat** und daß in diesen Jahren die Kapitalsherrschaft, die schon zusammengebrochen war, **wieder aufgebaut wurde?** Die ganze Argumentation ist eben für Leute berechnet, die dümmer sind als ein gläubiger Katholik.

Proletarisches Notizbuch

Neue Besen wurden im Zentrum und in der Deutschnationalen Volkspartei bestellt. Es sind neue „Führer", die die sozialpolitischen Phrasen hinausfegen. Im Zentrum wurde Stegerwald abgehalftert und durch Leute, die Glöckner bestimmte, ersetzt. In der DNV. hat Hugenberg das Regiment selbst übernommen. Die Bourgeoisie hat keine Kulissen mehr nötig.

•

Der revolutionäre Posaunenengel. WTB. Moskau, 11. Dez. Der Volkskommissar für Aeußeres, Litwinow, richtete an den Vorsitzenden der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes, Loudon, einen heute von der Presse veröffentlichten Brief, in dem er vorschlägt, baldmöglichst die sechste Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission einzuberufen und die nötigen Maßnahmen zu treffen, damit das sowjetrussische Projekt einer Vereinbarung über die Herabsetzung der Rüstungen in dieser Session zur Debatte gestellt werde."

•

Schlaumeier. Der „Vorwärts" teilt mit, daß der vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für das nächste Frühjahr in Aussicht gestellte Parteitag am 10. März in Magdeburg eröffnet werden und sich vor allem mit dem Wehrproblem befassen soll. — Derweilen führen die Genossen in der Regierung das neue Wehrprogramm natürlich durch.

•

Die Helden. In Hamburg wurde die KPD.-Fraktion von der Sipo aus dem Bürgerschaftssaal hinausgeworfen. Es ist eine große Aktion im Gang, wieder hineinzukommen. Man kann anscheinend nicht mehr anders von der Thälmannerei ablenken.

•

„Der letzte Krieg" ist, wenn inzwischen nichts passiert, zwischen Bolivien und Paraguay ausgetragen. Der „Völkerbund" hat diese Tatsache zur Kenntnis genommen und sich natürlich nicht weiter aufgeregt.

Organisatorische Mitteilungen

Hamburg-Barmbeck. Am 18. Dezember, 20 Uhr, findet bei Eckelmann, Bartholomäusstr. 1, eine Mitgliederversammlung der KAP. und AAU. statt. Thema: 1. Die Wirtschaftskämpfe und die Arbeiterklasse. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt notwendig.

Für den Pressefond gingen im November ein: Kollegen Reuter und Hartmann 10.—, Gen. Her., 17. Bez. 5.—, Ungenannt 3.—, Gen. Heinicke, 20. Bez. 5.—, Gen. Weiß 20.—, Gen. Kraft 20.—, 3. Unterbezirk 3.20, O. Lüdecke 1.— Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

9. Jahrg Nr. 67

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7882.

Berlin, 22. Dezember 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,60 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,66 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Bescherung

Es scheint nun doch noch richtiger Winter, richtiges Weihnachtswetter zu werden! Ein bischen kalt, kostet viel Kohlen und die alte Jacke hält auch nicht mehr so recht warm, — lieber Gott, welcher Arbeiter hält sich wohl für so wichtig, um seine kleinen Wünsche nicht zurückzusetzen vor dem „großen Ziel". Und da dieses „große Ziel" doch nur von den „bewährten Führern" erreicht werden kann, kommt es doch in erster Linie darauf an, diesen das wertvolle Leben zu verlängern.

Und diese Herren Parlamentarier, Minister, Sekretäre, Armenvorsteher, Konsum- und Gewerkschaftsbonzen haben eben andere Bedürfnisse, wie der bescheidene Prolet. Sie sitzen nicht unter dem Tannenbaum und schmachten einer trügerischen Fata-Morgana entgegen; sie fahren hinaus ins Land, in die Berge. Stecken sich ein nettes Sümmchen Kleingeld ein, und packen die warmen Sachen in die Koffer. Sie meinen, daß der Mensch auf dieser Welt leben muß. Das „Jenseits" im Sozialismus, wie sie ihn auffassen, überlassen die roten und die schwarzen Pfaffen ihren gläubigen Schafen.

Sie haben auch angestrengt arbeiten müssen in diesem Jahr. Severing war bis in die letzten Tage hinein an der Ruhr, um „herauszuholen", um die Bescherung noch vor dem „Fest der Liebe" unter Dach und Fach zu bringen. Wenn sich die stille heilige Nacht über das große Maschinenhaus senkt, der billige Herrgott auf dem ordinären Porzellan die billige Margarine segnet, die dort zu Weihnachten auf den Hanf gekratzt wird, mögen die Arbeiter dort unten daran denken, daß nicht nur der Segen Gottes über ihrem Elend stinkt, sondern auch der „Sozialismus" des „kleinen Metallarbeiters" und seiner Partei und Gewerkschaft.

Und nicht nur das alleine. Die Werftarbeiter haben auch ihren gedeckten Tisch, und die Textilarbeiter haben an der Bescherung der anderen gesehen, was der demokratische Weihnachtsmann für sie im Sack hat. Und wie gesagt: den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie immer mehr schuften, immer mehr hungern müssen und daß auf der anderen Seite die Dividenden steigen wie Hochwasser im Frühjahr, und daß die Arbeiter, die immer mehr in Hunger und Grauen versinken, nur zu dumm sind, um den „Fortschritt" zu sehen, gewissermaßen noch nicht genügend geschult, — das ist doch wahrscheinlich keine leichte Arbeit. Die ist doch verdammt viel schwerer, als im Bergwerk acht Stunden auf dem Bauch zu liegen, oder am Hochofen zu stehen, oder sich am laufenden Band die Nerven zerreißen zu lassen. Oder etwa nicht?

Und nicht nur dies alleine: Was mußte die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften alles tun, um den Arbeitern ein Stück „Macht zu erhalten"? Mußte den Panzerkreuzer erst bewilligen, damit die spätere „Ablehnung" den Bau nicht gefährdete, mußte den Trick bei den Ruhrproleten machen, um die Gewerkschaften zu „entlasten", mußte der Zuckersteuer zustimmen — im Interesse der Arbeiter. Alles im Interesse der Arbeiter. Mußte ihre zerfetzte „Wirtschaftsdemokratie" mit in Kauf nehmen, alles, wie gesagt, um der Arbeiter willen. Und da wird wohl kein Arbeiter auf den Gedanken kommen, daß diese Leute es nicht schwerer hätten, als die einfachen Proleten. Oder doch?

Sie haben nicht nur in diesem Jahr so schwer gearbeitet. In diesem Jahr haben sie gewissermaßen nur die Ernte eingebracht. Man bedenke doch nur, wie es vor zehn Jahren aussah?

Da donnerten in Berlin die Kanonen, und große Teile der Arbeiter waren der Meinung, daß eine Gesellschaftsordnung, die viele Millionen Tote und Krüppel auf dem Gewissen hat, hinweggefegt werden muß mitsamt denen, die den Krieg unterstützten: den schwarzen und den roten Pfaffen. Waren der Meinung, daß das Proletariat sich erheben, die Fabriken, die Bergwerke, den Grund und Boden an sich reißen, und die Schmarotzer und Wechsler zum Teufel jagen müsse, damit endlich die Sonnenwende der Menschheit anbreche. Man bedenke die ungeheure Gefahr, in der die Diener Gottes und des Kapitalismus damals schwebten!

Aber sie haben sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Es war nicht leicht, Zehntausende von revolutionären Arbeitern noch außerdem totzuschlagen, oder in den Zuchthäusern zu erledigen. Im Namen der Revolution wurde die Revolution erwürgt, und den marschierenden Kapitalismus als marschierenden Sozialismus anzupreisen, dazu gehörte verdammt viel Mut. Denn die Proleten waren wohl noch dumm, aber dennoch nicht mehr so dumm, daß sie gerade von den Ebert—Scheidemann—Noske etwas erwarteten. Aber es ist doch gelungen, und wenn wir nach zehn Jahren das Fazit ziehen, so können wir sagen, daß die Kapitalisten bös in der Klemme sitzen, und die Proletarier schon bald ein Leben führen, wie Gott in Frankreich.

Der kapitalistische Friede — das ist der Krieg!

Der Völkerbund hat nun seine 53. Tagung vollendet. Auf der Tagesordnung stand eigentlich: Rheinlandräumung, Reparationsendsumme, und daneben noch ein Krieg, zu deren „Verhinderung" besagter Völkerbund angeblich da ist. Mit der Geschichte der Rheinlandräumung ist es vorderhand nichts geworden, weil diese Räumung eben zusammenhängt mit der Reparationsendsumme und den zu leistenden Quoten. Und dann hängt sie noch zusammen mit der Außenpolitik der demokratischen Republik überhaupt. Das englisch-französische Flottenabkommen als Barriere gegen den amerikanischen Imperialismus ist ein deutliches Zeichen dafür, wie man dort die „aufrichtige" Außenpolitik der Müller-Stresemann einschätzt, die mit Amerika in auffallenden „freundschaftlichen Beziehungen" macht, und im Rücken auf den großen Bruder Rußland hinweist und so eine ganz nette Position ins Feld zu führen sucht. Unter diesen Umständen also hat man dort gefühlt: Es hat alles gar keinen Zweck. Der deutsche Außenminister begnügte sich damit, für die „deutschen Minderheiten" in Polen zu „kämpfen", das liegt ganz in der Linie des Vorstoßes gegen die „kleine Entente" im Osten, der Barriere der „großen" Entente. So hat man also die Dinge ruhen lassen, und hat sich gegenseitig versichert, daß man ein sehr netter Mensch sei. Ein Manifest der drei Außenminister: Chamberlain, Briand und Stresemann faßt diesen genialen Gedanken in folgende entzückende Worte:

„Die Tagung des Völkerbundsrates hat uns die Möglichkeit gegeben, die seit langem unterbrochene Fühlungnahme wieder aufzunehmen und zu einem Meinungsaustausch zu kommen, der außerordentlich nützlich gewesen ist. Diese Unterhaltungen haben uns dazu geführt, stärker als jemals dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß eine Politik der Versöhnlichkeit und der Annäherung unserer Länder am meisten geeignet ist, den Frieden zu gewährleisten. Dieser Politik bleiben wir treu ergeben. In diesem Geiste werden wir auch die auf Grund des in Genf am 16. September dieses Jahres erzielten Uebereinkommens eingeleiteten Verhandlungen zwischen den sechs beteiligten Mächten weiterführen. Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um so schnell als möglich zu einer vollständigen und endgültigen Regelung der Schwierigkeiten zu gelangen, die aus dem Kriege entstanden sind und so auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens die glückliche Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern sicherzustellen."

•

Aber diese dreiundfünfzigste Ratstagung hat, wie gesagt, noch mehr getan, als den drei „großen" Gelegenheit zu geben, sich vor aller Welt ihre persönlichen Vorzüge bescheinigen zu dürfen. Zwischen Bolivien und Paraguay ist so etwas wie ein regelrechter Krieg ausgebrochen. Es ist zwar dort alles „Urwald", meint der „Vorwärts", aber in diesem großen Urwald riecht es wohl nach Petroleum. Und dann ist es ein offenes Geheimnis, daß Bolivien unter dem politischen und finanzpolitischen Druck der USA. steht, der amerikanische Imperialismus seinen „Einfluß" vortreibt, um das kleinere Paraguay für zukünftige Zeiten wissen zu lassen, daß gegen evtl. Unwilligkeit einfach Kanonen aufgefahren werden. Man will dort im Expansionskampf gegen Argentinien rechtzeitig vorhandene Hindernisse sturmreif machen.

Der Völkerbund war aber auf der Hut. Er hat sofort — ein Telegramm geschickt, aber nicht etwa an Amerika, er wollte sich nicht lächerlich machen; sondern in den besagten „Urwald". Und wenn das Telegramm nichts nützt, dann kann man eben nichts dagegen machen. Gegen den Krieg helfen eben Telegramme wenig, und etwas anderes kann man von dem „Völkerbund" eben nicht erwarten. Das geht doch schon daraus hervor, daß die großen Völkerbundsstaaten untereinander mit allen Mitteln rüsten für den neuen — Frieden, und man wird sich, wenn er ausgebrochen ist, auch nicht durch ein Telegramm stören lassen. Aber für die Massen der naiven Kleinbürger und kleinbürgerlichen Arbeiter genügt eine Phrase. Sie wissen Gott sei Dank noch nicht, daß dieses Theater von Völkerbund und „Völkerversöhnung" nur dazu da ist, um von der Unvermeidlichkeit neuer kriegerischer Katastrophen abzulenken — solange der Kapitalismus nicht durch die proletarische Revolution vernichtet ist.

•

Es ist eigentlich schade, daß die dreiundfünfzigste Tagung so rasch zu Ende ging. Wie wir nämlich aus der „Roten Fahne" erfahren, ist der revolutionäre König, Amanullah, schwer bedroht. Er hat in letzter Zeit zugegebenermaßen tausend Köpfe abschlagen lassen, ohne daß eine „Umsturzgefahr" vorlag. Wie viel mehr Menschen der „moderne" Monarch abschlachten ließ, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, was die „Rote Fahne" als „reaktionär" und „revolutionär" anzusehen beliebt, wir wissen nur, daß eine ganze Reihe dieser Gemeuchelten auf Grund des jüngst von dem „revolutionären König" proklamierten **Antikommunistengesetzes** gehängt und geköpft wurden.

Aber ungeachtet dessen mag es richtig sein, daß in Afghanistan englisches Geld und englische sonstige Einflüsse eine Rolle spielen. Richtig ist auch, daß „Rote" Flieger, daß Offiziere aus Rußland im Kampfgebiet weilen zur Verteidigung Amanullahs und seiner Clique. Die „Verteidigung Rußlands" enthüllte sich somit wieder einmal als Abschlachtung des revolutionären Proletariats, weil das Proletariat im Kampf der kapitalistischen Mächte untereinander eben nicht mehr vor der Frage steht: für Chamberlain oder für Amanullah, sondern **gegen den Krieg, den Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse** überhaupt.

Interessant ist noch, wie die „Rote Fahne" ihre Parteinahme für den revolutionären König zu rechtfertigen sucht. Die Aufständischen versucht sie hinzustellen als fanatische Mohammedaner, und den Amanullah als „Reformator", der sein Vaterland mit den Errungenschaften der westlichen „Kultur" beglücken will. Also doch so etwas wie einen „Fortschritt" darstelle. Ganz nett ist diese Steinhägerlogik. Sie ist ein Freibrief für alle kapitalistischen Kulturträger, die „Wilden" mit Schnaps und Reitpeitsche und Maschinengewehren zu zivilisieren. So offen hat selbst die Sozialdemokratie niemals ihre imperialistische Kolonialpolitik verteidigt. Das „Vaterland der Arbeiter" übertrifft sie schon bei weitem an konterrevolutionärer Schamlosigkeit.

•

Wenn auch nur erst hier und da die ersten Stichflammen sich an den imperialistischen Reibungsflächen entzünden, und die Weltbourgeoisie selbst noch alles versucht, der Logik ihrer eigenen Politik zu entrinnen. Nach zehn Jahren seit der formalen Liquidierung des letzten großen Massenmordens zeigt sich deutlich der wirkliche „Friede auf Erden", und dann auch leider noch, wie leicht sich das Proletariat mit revolutionär klingenden Phrasen von seiner grundsätzlichen Position abdrängen läßt.

Wer lacht da?

Wir haben doch Ruhe und Ordnung nach zehn Jahren! Endlich Ruhe und Ordnung! Kein Putsch ist mehr im Anzuge, der „Staat" steht auf „Seite der Arbeiter". Damit ihnen nichts passieren kann, haben wir in der Reichshauptstadt sogar ein bischen Belagerungszustand, damit die ausgesteuerten Erwerbslosen nicht sofort verhungern, haben wir sogar eine Krisenfürsorge, und mit zwölf Mark kann man doch wohl ganz gut leben! Wir haben einen chemisch gereinigten lieben Gott, — sonst könnte man doch nicht gegen ihn „lästern", nicht wegen „Gotteslästerung" bestraft werden. Wer heute nach zehn Jahren noch nicht sieht, daß der „Sozialismus marschiert", der ist nicht wert, daß ihn die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Sonne bescheint.

Vor zehn Jahren lag das Gewitter der proletarischen Revolution über der kapitalistischen Anarchie; der proletarische Löwe schlug ein paar mal mit der Tatze nach dem Geldsack der „gesitteten Welt". Hei, wie sie alle geiferten! „Verbrecher", „Gesindel", „unlautere Elemente", „Räuber". Die roten und die schwarzen Pfaffen wetteiferten in Menschenliebe, um das Gespenst zu bannen. Die Welt ginge unter, schrien sie. Ja, ihre Welt war nahe daran, in Staub und Asche zu versinken.

Nach zehn Jahren fahren sie in die Berge. Ruhe und Ordnung herrscht in ihrem Reich. Die unmenschlichste Ausbeutung und der Hunger von Millionen belehren das Proletariat, daß diese Welt, die die massenweise mordet, die mit ihren letzten Kräften halfen, den Reichtum zu mehren, im Gewitter der proletarischen Revolu-

tion verbrennen muß, soll nicht das gesamte Proletariat an dem niederträchtigen Gift der kapitalistischen „Kultur" zu Grunde gehen, deren Lüge und Gestank gerade in dem „Feste der Liebe" Dimensionen annimmt, die ein revolutionärer Arbeiter nur in dem Bewußtsein ertragen kann, daß das Chaos dieser „Ordnung" selbst zum Herd ihres eigenen Unterganges werden muß.

Politische Rundschau

Spartakus Nr. 2

In der KPD. neigt ein großer Teil vorzeitig nach der Seite über, nach der sich diese grundsätzliche Partei, die nur noch durch Trommeln und Pfeifen und Korruption und Phrasen zusammengehalten wird, überhaupt bewegt: Zur SPD. Die Brandler-Thalheimer-Fraktion tritt diesen konsequenten Marsch unter der Flagge des „Spartakusbundes" an, trotzdem dieser Versuch der Totenbeschwörung schon von der Katz-Gruppe mit dem Erfolg eines lächerlichen Fiaskos durchgeführt wurde. Aber das Fundament, das dieser „Spartakus" hat, ist insofern solider, als seine Anhänger, wie auch die Führer, unbelastet von jeder Romantik sind. Es sind behäbige Sozialdemokraten, die die Nase voll haben von der verfluchten Revolution und die im Gegensatz zur KPD. eben ohne verlogene Phrasen marschieren wollen.

Während in Moskau mit Hochdruck gearbeitet wird, um den einen oder anderen noch zu bekehren, bereitet die „Rote Fahne" die Ausschiffung der für die SPD. reifen Rebellen vor, und muß zu diesem Zweck nun auch notgedrungen ihre eigenen Anhänger über den Umfang der Reinigungsaktion unterrichten. Sie bringt in der Nummer vom 19. Dezember folgende nette Uebersicht über den Kriegsschauplatz:

„**In Offenbach** haben die Rechten ein Flugblatt „An die arbeitende Bevölkerung Offenbachs!" mit dem Titel „Die Differenzen in der Kommunistischen Partei" auf den Straßen, vor den Betrieben usw. verbreitet. Darin wird die Bevölkerung zum gemeinsamen Kampf „gegen die korrupte KPD." aufgerufen. In Offenbach sind die Rechten offen zur Spaltung übergegangen, indem sie seit Monaten die Mitgliedsbeiträge der Bezirksleitung sperrten und jetzt eigene Beitragsmarken herausgeben.

Bei den Gemeindewahlen in Stuttgart am 2. Dezember ließ die rechte Fraktion in letzter Stunde einen gefälschten Stimmzettel unter der Firma „Kommunistische Partei" herausgeben, an die Adressen der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und andere Organisationen versenden, und vor den Wahllokalen verteilen, um die Arbeiterschaft irrezuführen.

In Breslau geben die Rechten eine eigene Zeitung **„Gegen den Strom"** heraus, von der bereits fünf Nummern erschienen sind, und die ganz im Stil des Urbahns-Blättchens den Zweck verfolgt, die Komintern und die Partei skrupellos zu verleumden.

In Offenbach erscheint ebenfalls eine Zeitung der rechten Fraktion „Das Volksrecht" (bisher sieben Nummern).

Die Führer der rechten Gruppe in Deutschland sind vor allem Brandler und Thalheimer die entgegen den Beschlüssen der Komintern und der Partei sich in Deutschland aufhalten, um hier gegen die Partei zu arbeiten. Brandler hat nach seiner disziplinwidrigen Rückkehr zunächst in Chemnitz seine Fraktionstätigkeit aufgenommen. Einer Fraktionssitzung am 9. November folgte dort eine Bezirksfraktionssitzung am 13. November. In dieser wurde beschlossen, daß von Walcher, Thalheimer uw. unterzeichnete Flugblatt, das die schlimmsten Verleumunden gegen die Komintern enthält, in den Betrieben zu verteilen, was auch geschah und zum Abdruck in der sozialdemokratischen Presse führte. Brandler erklärte in dieser Sitzung, daß er die Politik der Partei nicht mehr mitmache, auch auf die Gefahr hin, daß die Partei gespalten werde.

Am 20. November sprach Brandler in der Zelle Kraitheim gegen den Willen der Bezirksleitung. Am 21. November versuchte Brandler, wiederum gegen den Willen der Bezirksleitung, in der Zelle Schubert & Salzer zu sprechen und wurde nur von den kommunistischen Arbeitern daran gehindert. Auf Veranlassung von Brandler u. a. in einer gegen den ausdrücklichen Beschluß der Parteileitung veranstalteten öffentlichen Kundgebung in Offenbach als Referent aufgetreten. Am 6. Dezember referierte er in einer Mitgliederversammlung des Schuhmacherverbandes in Erfurt und sprach am gleichen Abend in einer Fraktionssitzung der dortigen Rechten, wobei er erklärte: „Es werden einige Genossen vielleicht ausgeschlossen werden, aber das darf uns nicht hindern in der Fortführung des Fraktionskampfes." Brandler forderte außerdem auf, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses abzulehnen.

Thalheimer, der ein von der rechten Fraktion verbreitetes verleumderisches Flugblatt mit unterzeichnet hat, referierte am 10. November in einer Fraktionssitzung der Rechten in Berlin über den VI. Weltkongreß, der nach seinen Aussprüchen nur der „Vorbereitung des Fraktionskampfes in der KPSU. diente". Am 10. Dezember wollte Thalheimer, unter dem Schutz einer Anzahl von Anhängern, mit Gewalt sich Eintritt in eine Parteimitgliederversammlung in Erfurt verschaffen, um ein Referat zu halten. Das wurde jedoch von der Mehrheit der Versammlung nicht zugelassen, und es kam hierbei zu Tätlichkeiten. Am 12. Dezember versuchte Thalheimer das gleiche in einer Parteimitgliederversammlung in Jena. Auch hier hat die Mehrheit der Versammlung es abgelehnt, ihn zu hören, so daß er den Saal verlassen mußte.

Walcher hält in Württemberg eine Fraktionssitzung nach der anderen ab und sprach u. a. in einer DMV.-Funktionärversammlung am 4. Dezember, also vor kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Funktionären, offen gegen die Beschlüsse der RGI. und der Komintern für die Parolen der rechten Fraktion.

Enderle reiste während des Ruhrkampfes im Ruhrgebiet umher und versuchte, die Taktik der Partei während des Kampfes zu dikreditieren und zu sabotieren. Auf Grund seiner Berichte erschien in der Fraktionszeitung „Gegen den Strom" ein Artikel über die Lage im Ruhrgebiet, der von der gesamten sozialdemokratischen Presse mit Freuden veröffentlicht wurde.

Paul Frölich, M. d. R., gehört ebenfalls zu den Unterzeichnern jenes Flugblattes. Er ist im parteifeindlichen fraktionellen Sinne aufgetreten, u. a. in Köln, Frankfurt, Leipzig, Greiz. In Leipzig erklärte er wörtlich: „**Wir kämpfen hier gegen die Clique im ZK., die aus Schuften, Verleumdern und bewußten Lügnern besteht, die die Partei beherrscht, und nehmen alle organisatorischen Konsequenzen auf uns.** Wir sind uns bewußt, daß unsere Tätigkeit fraktionell ist und gegen die Parteiführung gerichtet ist."

In Thüringen sind es vor allem **Tittel** und **Schmidt**, die Fraktionsversammlungen organisieren, Fraktionsmaterial systematisch verbreiten und organisatorische Anweisungen an die Ortsgruppen gegen die Bezirksleitung herausgeben. Im Bezirk **Hessen-Frankfurt** sind die Organisatoren der rechten Fraktion der ausgeschlossene Bezirkssekretär **Heucke**, der frühere Kandidat des ZK. **Galm**-Offenbach und **Rehbein**-Hanau, der trotz dem Beschluß der BL. sich weigerte, sein Landtagsmandat niederzulegen.

Max Köhler hat das erwähnte Flugblatt als Herausgeber offen mit Namen und Adresse unterzeichnet und bildet sozusagen einen organisatorischen Mittelpunkt speziell für den Vertrieb des Fraktionsmaterials der Rechten.

In Breslau fand am 17. Dezember eine Fraktionssitzung am Tage nach dem Bezirksparteitag unter Leitung von Hausen statt, in der beschlossen wurde, eine eigene Ortsgruppe der aus der Partei Ausgeschlossenen zu gründen.

Der Bechluß des ZK. vom 14. Dezember, der den rechten Fraktionsmachern ultimative Forderungen bis zum 20. Dezember stellt und bei Nichtannahme dieser, für jedes Parteimitglied selbstverständlichen Forderungen ihren sofortigen Ausschluß anordnet, bedeutet eine Klärung des innerparteilichen Zustandes, die von der ungeheuren Mehrheit der Parteimitgliedschaft stürmisch gefordert wurde. Daß die Gruppe der Versöhnler bei diesem Beschluß sich der Stimme enthalten hat, kennzeichnet nur den „Kampf" dieser Gruppe gegen die Rechten. Die Partei kann, trotz Ewert und Meyer, keine Streikbrecher in ihren Reihen dulden."

Das ist immerhin eine ganz nette Serie, die hier verabschiedet werden muß. Was dann noch **zurückbleibt**, ist in der Tat eine Garde, die sich sehen lassen kann. Die „Rechten" sind nie verdächtig gewesen, mit der proletarischen Revolution irgend etwas gemein zu haben; trotzdem war die Politik der KPD. die der „Rechten" — weil eine andere Politik auf gewerkschaftlich-parlamentarischer Grundlage eben nicht mehr möglich ist. Aber diese waren wenigstens in Punkto Arbeiterbetrug so erfahren, daß sie ihre unmögliche Position verschleiern konnten. Die Thälmann, Pieck, Pfeifer und Konsorten werden durch ihr Baumeln noch rascher die nächste Krise heraufbeschwören, als ohne die „Rechten". Die revolutionären Arbeiter der KPD. jedoch werden sich überlegen müssen, ob sie weiter ein Anhängsel der russischen bürgerlichen Politik, oder ob sie zur Noskepartei zurück wollen — oder ob sie endlich die Konsequenzen ziehen und mit und in den Reihen des revolutionären Proletariats kämpfen wollen, der KAP. und AAU.

Der Sozialismus der Bourgeoisie

Die Sozialdemokratie für erhöhten Zuckerzoll.

Infolge der Ausdehnung der Zuckeranbauflächen auf der Erde als Kriegsfolge, die in der Abschnürung des europäischen Rübenzuckers vom Weltmarkte bestand, gibt es seit Jahren einen gewaltigen Exportüberschuß von billig produziertem kolonialen Rohrzucker. Die Weltmarktpreise sanken bis auf 11.50 Mk., ja, für Javazucker bis auf 10 Mk. pro Zentner. Nur in Deutschland blieben sie infolge des Zuckerzolles von 7,50 Mk. pro Zentner um mindestens diesen Betrag höher, der den deutschen Rübenzuckerproduzenten einen Preis von durchschnittlich etwa 10 Mk. pro Zentner sicherte.

Aber infolge des Zuckerüberflusses an den Weltmärkten erscheint dieser Betrag jetzt bedroht. Wenn Zucker zu 10 Mk. pro Zentner plus 7.50 Mk. Zoll eingeführt werden kann, ergibt sich immer erst ein Großhandelspreis von 17.50 Mk., so daß die deutsche Zuckerindustrie bei solcher Konkurrenz gleichfalls ihren gewohnten Mindestpreis von 19 Mk. herabsetzen müßte. Folglich schreit sie über Bedrohung ihrer Grundlagen und fordert Erhöhung des Einfuhrzolles um 5 Mk. den Zentner!

Der Reichstag will entsprechend verfahren: unter der Bedingung, daß der erhöhte Zoll sich nicht in erhöhten Ladenpreisen auswirken dürfe! Das heißt, ganz so scharf ist er nicht. 21 Mark pro Zentner sollen die deutschen Zuckerproduzenten fordern dürfen.

Am Weltmarkte bekommt man den Zucker für etwas weniger als die Hälfte, in gleicher Güte. In Deutschland sollen nach dem Willen des Reichstages die breiten Massen der Bevölkerung das Mehrfache davon zahlen. Sie bekommen den Zucker ja nicht zum Großhandelspreis, sondern erst, wenn soundsoviel Zwischenhandelsinstanzen sich die Hände daran gewachen haben und er etwa das Doppelte kostet, d. h. also rund das Vierfache des billigsten Weltmarktpreises!

Motto: Zugunsten der Landwirtschaft wird das Volk begaunert, wird den Zuckerfabriken nach wie vor ihre hohe Rendite gesichert, derweil der Weltmarkt unter Zuckerüberfluß stöhnt (und die breiten Massen in Deutschland weniger Zucker verbrauchen können als vor dem Kriege!).

Diese Charakterisierung finden wir im letzten Heft des „Klassenkampf", dem Organ der linken SPD. Die Sozialdemokratie ist eben auf allen Gebieten regierungsfähig: Sie baut Panzerkreuzer, damit die Werftarbeiter mehr Arbeit bekommen, schluckt die Schlichtungsdiktate der Kapitalisten wie diese sie fordern, damit eine Wirtschaftskrise vermieden wird, erhöht die Einfuhrzölle, damit die Industrie geschützt, und die Proleten ihre Arbeit behalten können. Das ist, — sagt Karl Marx — das letzte Wort des Bourgeoissozialismus, bei dem die „Linken" die Reklamefiguren sind, um die Einigkeit — mit der Bourgeoisie — zu hüten.

Es riecht nach verbranntem Menschenfleisch

In Berlin-Neukölln sind bei einem Fabrikbrand über dreißig Arbeiter und Arbeiterinnen so schwer verbrannt, daß sie meist lebensgefährlich im Krankenhaus liegen. Einige sind bereits ihren Verletzungen erlegen. Die meisten der Unglücklichen sind Arbeiterinnen — im Alter von 14 bis 16 Jahren!

In der betreffenden Fabrik wurden Radioteile hergestellt und zentnerweise Zelluloid verarbeitet. Die Stempel wurden mit Gasflammen angewärmt, und diese Gasflamme soll ein Mädchen mit einem Zelluloidstreifen angezündet und den brennenden Streifen in eine Kiste mit Zelluloid geworfen haben. Im Nu stand das ganze Gebäude in Flammen. Notausgänge waren nicht vorhanden. Was nicht die Knochen riskieren wollte und auf den Hof sprang, wurde größtenteils schrecklich verbrannt. Die Zeitungen berichten, daß das ganze Krankenhaus, in das man die zum Teil schon bis zur Unkenntlichkeit Verkohlten einlieferte, nach verbrannten Haaren und verbranntem Menschenfleisch stank. Neben dem Kind, das in seiner Nervosität den brennenden Streifen in die Kiste warf, hat man noch einen „Schuldigen" gefunden: Den Fabrikbesitzer. Er hat nicht gemeldet, daß er mehr als 50 Kilo Zelluloid in seiner Fabrik lagerte, und so verhindert, daß sein Betrieb als feuergefährlich aufs Korn genommen und die Baupolizei ihre Pflicht tun konnte. Die „Schuldigen" sind also gefunden. Die Arbeiter und Arbeitermädel, die dort verbrannt oder zeitlebens schrecklich entstellt herumlaufen, werden diese „Genugtuung" gehobenen Herzens entgegennehmen, wie auch die diversen Beileidspsalme, die man ihnen von allen möglichen Behörden zukommen ließ.

Wieviel solcher und ähnlicher Betriebe in dem Häusermeer der Proletarierviertel liegen, weiß niemand; man weiß nur, daß fast **alle** Betriebe dort liegen. Und daß in **allen** Betrieben **Proletarierkinder** für die Parasiten schuften, die draußen im Grunewald, in Wannsee, oder sonst einem feudalen Vorort, auf der faulen Haut liegen und sich von dem Profit mästen, den sie aus den Proleten und Proletenkindern herausschinden. In diesem Falle traf es einen „Kleinen", aber der Schaden ist, wie gemeldet wird, durch die Versicherung voll gedeckt. Vielleicht kommt in diesem Falle dieser Versicherung die Außerachtlassung der baupolizeilichen Vorschriften zugute, und sie kann sich drücken. Im allgemeinen aber ist alles versichert — bis auf die Proletarier. Davon gibt es genug.

Und nun „untersuchen" alle möglichen kapitalistischen und parlamentarischen Behörden die „Schuld". Daß ein System schuld ist, daß 2 Millionen kräftige Arbeiter und Arbeiterinnen zur Arbeitslosigkeit verurteilt und Kinder für Spottgeld an die Maschinen treibt, auf den Gedanken kommen natürlich Leute nicht, die von diesem System bestochen sind, die gut bezahlt werden für ihre Komödie, die sie nach jedem „Fall" aufführen. Einige Tage später ist ein neuer Schlager der Stoff für die kapitalistische Presse, und die Unglücklichen sind vergessen. Sie sind nur ein kleiner Teil der großen Armee die der Kapitalismus umbringt, in dem er sie dann außerdem noch langsam verhungern läßt, nicht so auffällig, nicht so mit einem Male, wie die Arbeitermädel in Neukölln, damit es nicht so nach Menschenfleisch stinkt.

Der Weihnachtsmann der Demokratie

für die Textilproleten.

TU. Berlin, 19. Dezember. Der Schlichtungsausschuß Kottbus fällte am 19. Dezember für die **Lausitzer Tuchindustrie** einen Schiedsspruch, wonach die bisherigen Löhne bis zum 30. September 1929 weiter in Kraft bleiben sollen. Für jugendliche Arbeiter (14 bis 18) soll ab 1. Januar 1929 eine Erhöhung von 5 bis 10 Prozent eintreten. Erklärungen der beiden Parteien bis 5. Januar 1929.

Die Löhne in der Lausitzer Tuchindustrie sind die niedrigsten von ganz Deutschland. Männliche Arbeiter erhalten hier einen Stundenlohn von **23 bis 64 Pfennigen**, weibliche Arbeiter **von 19 bis höchstens 51 Pfennigen**. Die Arbeitszeit ist durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch **auf 60 Stunden pro Woche festgelegt**.

Elberfeld, 19. Dezember. Die für den 17. Dezember anberaumten Verhandlungen zwischen den Unternehmern der Wuppertaler Textilindustrie und den beiden Organisationen der Arbeiter in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sind gescheitert. Gestern fanden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Führen auch diese zu keinem Ergebnis, so wird voraussichtlich am Donnerstag der Schlichter einen Spruch fällen.

Hier haben die Unternehmer den Gewerkschaften mitgeteilt, daß die Löhne ab 1. Januar 1929 um 8.5 Prozent abgebaut werden sollen. Das Lohnabkommen soll unbefristet und erstmalig am 31. Dezember 1930 kündbar sein.

Leipzig, 18. Dezember. Am Sonnabend, den 15. Dezember, wurde der gesamten Belegschaft der Firma Tittel & Krüger, Textilfabrik Leipzig-Plagwitz, durch Anschlag bekanntgegeben, **daß die Firma das bestehende Arbeitsverhältnis kündigt.** Den Arbeitern wird ein neues Arbeitsverhältnis angeboten, dahingehend, daß vom 23. Dezember in der Woche an dem Montag, und zwar am 24. und 31. Dezember nicht gearbeitet wird. Die Firma will eine Verlängerung der Arbeitszeit erreichen und eine Probe aufs Exempel machen. Durch Ueberstunden sollen später die fehlenden Tage nachgeholt werden.

Auch in der Aachener Textilindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der **bis Dezember 1930** läuft und 4.7 Prozent „Lohnerhöhung" bringt.

Die Werftarbeiter sind eben daran, ihr Weihnachtsgeschenk zu erhalten, und Severing bringt den Ruhrarbeitern noch rechtzeitig die Bescherung. So glaubt man im alten Jahr ziemlich „fertig" geworden zu sein mit dem großen Lümmel. Das „Fest der Liebe" kann beginnen.

Das Weihnachtsgeschenk des „kleinen Metallarbeiters".

Bielefeld. Die städtischen Kollegien stimmten dem Verkauf eines städtischen Grundstücks in dem Villenviertel am Bürgerpark bei, **das zum Preise von 22 000 Mk. an den Reichsinnenminister Severing verkauft wurde;** der Käufer übernimmt die Verpflichtung, auf diesem Grundstück innerhalb zwei Jahren einen Neubau aufzuführen.

Weihnachten 1918

(Zur Erinnerung an die Kämpfe vor zehn Jahren am 23. und 24. Dezember.)

Bereits am 6. Dezember 1918 versuchte die Konterrevolution durch die Regierung Ebert-Scheidemann begünstigt, in Berlin einen Putsch, indem sie auf Teilnehmer einer Versammlung des Spartakusbundes, die in der Chausseestraße demonstrierten, ein Maschinengewehrfeuer losließ, wobei von den Demonstranten 14 Tote und viele Verletzte, die Opfer dieses Angriffs waren. Desgleichen versuchten am selbigen Tage einige Tausend konterrevolutionäre Soldaten Ebert zum Reichspräsidenten auszurufen, indem sie vor der Reichskanzlei demonstrierten. Ebert war damals, geschickt genug, noch auf diese Würde zu „verzichten". Weiter versuchte am 6. Dezember ein Haufen reaktionärer Soldaten das Abgeordnetenhaus zu stürmen, um den Vollzugsrat zu verhaften. Dieser Akt mißlang, denn die Kunde verbreitete sich blitzschnell in Berlin und bald rückten Matrosen aus dem Marstall sowie starke Arbeitermassen aus den Fabriken heran. Hinter diesen drei Vorgängen, die sich alle in der Zeit von 4½ bis 5 Uhr nachmittags abspielten, standen die gleichen Personen. Es war ein Werk der Gegenrevolution, Sozialdemokraten waren daran beteiligt, insbesondere geschah dies mit Zustimmung von Wels, dem Stadtkommandanten. Gegen diesen konterrevolutionären Putschversuch wurde ein Flugblatt des Spartakusbundes verbreitet, welches zur Demonstration am nächsten Tage, den 7. Dezember in der Siegesallee aufforderte. Die Riesendemonstration, in der auch Liebknecht sprach, forderte den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, sofortige Entwaffnung der Offiziere und aktiven Unteroffiziere, Bildung einer Roten Garde und Uebergabe der ganzen Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte.

K.A.P. Groß-Berlin. A.A.U.

Freitag, den 11. Januar, abends 7.30 Uhr, in den Sophiensälen, Centrum, Sophienstraße:

Gedächtnisfeier

zur zehnten Wiederkehr des Todestages von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und aller anderen Opfer der Revolution.

Musik : Chorgesang : Rezitation : Gedächtnisrede

Aufführung eines proletarischen Bühnenstückes.

Eintritt 1 Mk., Erwerbslose 50 Pf.

Karten sind bei den Funktionären und in der Arbeiter-Buchhandlung Lausitzer Platz 13 zu haben.

Die Volksbeauftragten wußten, wo die Schuldigen dieses Putsches waren. Sie ließen diese unbehelligt, obwohl festgestellt worden war, daß die Führer der Studentenwehr die Anstifter waren. Aus dem Bericht des Polizeipräsidenten Eichhorn ist bemerkenswert, daß festgestellt wurde, daß „einige Mitglieder der Studentenwehr im Begriff waren, nach Köln zu fahren, um amerikanische Truppen für die Aufrechterhaltung der nach ihrer Meinung von links gefährdeten Ordnung herbeizuholen." Die Gegenrevolution hatte ihren ersten Schlag versucht, ging er auch fehl, so zeigte er doch ihre Kräfte, wo und wie sie sich sammelten.

Doch die Konterrevolution suchte besonders ihre militärische Kraft zu steigern. Unter Leitung des berüchtigten Generals Lequis, der in Steglitz sein Quartier hatte, wurden große Truppenmassen nach Berlin herangezogen. Man tat dies der Oeffentlichkeit gegenüber mit der Motivierung, man wolle den heimkehrenden Truppen einen gemeinsamen Einzug in Berlin veranstalten. In Wirklichkeit wurde unter den Truppen eine wüste Hetze gegen Spartakus betrieben, die von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Daß der Zweck des Einzuges in Berlin ein anderer war als angegeben wurde, geht schon daraus hervor, daß die Offiziere des Quariers in Steglitz sich ganz öffentlich äußerten: „Soldatenräe sind Unsinn! Wir werden die Berliner schon auf die Schnauze schlagen!" Die Gegenrevolutionäre gelobten „der Regierung Ebert-Scheidemann Treue", sie forderten die Entwaffnung des Volkes und „Kampf gegen die Gegenrevolution". Ihr Forderungen sollen von der Regierung schnell erfüllt werden. Kaum hatten die Volksbeauftragten die Entwaffnung des Volkes beschlossen, da überreichten die Gegenrevolutionäre am 15. Dezember neue Forderungen. Sie verlangten die Auflösung der Matrosendivision. Am 16. Dezember war bereits der Einzug der Fronttruppen erfolgt mit Gewehren, Munition, Handgranaten, Maschinengewehren, Kanonen und Minenwerfern. Es war der Einzug der bewaffneten Konterrevolution und ihr politisches Haupt war Ebert.

Die Hetze gegen die Volksmarinedivision, die damals noch einen rebellischen Geist hatte, wurde fortgesetzt und verstärkt. Die Rolle der USP.-Vertreter im Rat der Volksbeauftragten war sehr dunkel. Sie halfen indirekt den Ebert-Scheidemann in der Befestigung der kapitalistischen Herrschaft. Barth ließ sich sogar als Wanderredner gebrauchen und reiste im Reiche herum, um gegen die tSreikbewegungen aufzutreten. Das Verhalten der USP.-Volkskommissare rief bald einen starken Unwillen in den Massen hervor, so daß diese selbst von ihren Mitgliedern stark gerügt wurden. Als nun die Regierung am 23. Dezember versuchte, die Matrosen aus dem Schloß und aus Berlin überhaupt herauszubringen, traten die Gegensätze zur Politik der USP.-Vertreter in der Regierung schärfer hervor. Die Matrosen waren nicht gewillt, der Anforderung der Regierung Folge zu leisten. Als ihnen gar die Löhnung gesperrt wurde, zogen sie nach der Stadtkommandantur, holten Wels und seinen Adjudanten heraus und setzten diese im Marstall gefangen. Wels ist der Hauptschuldige an diesem Konflikt. So behauptete er, die Matrosen-Division habe sich durch geheime Werbungen ergänzt. Das gemeinste Mittel das er anwandte, war die Sperrung der Löhnung. Er machte die Löhnung davon abhängig: Herabsetzung der Stärke der Matrosendivision auf 600 Mann und Räumung des Schlosses. Den Matrosen lag in Wirklichkeit nichts an der Besetzung des Schlosses, denn sie hatten bereits mit den Finanzministerien verhandelt über anderweitige geeignete Räume. Wels wollte aber unter allen Umständen den Konflikt. Zu dem Kommandanten Radtke sagte er: „Euch aus dem Schlosse herauszukriegen ist eine Kleinigkeit; die Truppen von der Front sind zurückgekehrt. Ich lasse einfach vier Divisionen von allen Seiten anmarschieren, und dann werdet ihr schon rauskommen." Was Wels damit ankündigte, war von langer Hand vorbereitet. Die Herren Ebert-Wels fühlten sich, nachdem die Fronttruppen in Berlin waren, stark genug, den entscheidenden Schlag gegen die Matrosen auszuführen.

Auf Anordnung von Ebert waren am Vormittag des 23. Dezember in Potsdam Fronttruppen alarmiert und nach Berlin beordert worden. Als die Matrosenwache der Reichskanzlei davon Kenntnis erhielt, besetzte sie die Telephonzentrale, um die telephonische Verbindung zwischen Ebert und den Fronttruppen zu stören. Diese Sperre wurde allerdings durch die Führer der Matrosen wieder aufgehoben. Durch die Verhaftung von Wels und seinem Adjutanten durch die Matrosen, rückten nun abends gegen 9 Uhr einige tausend Mann Artillerie, Kavallerie und Infanterie der Fronttruppen mit Geschützen, Minenwerfern und Maschinengewehren heran, um die Matrosenwache „im Auftrag der Regierung" in der Reichskanzlei auszuheben. Durch Verhandeln mit den USP.-Vertretern und der Regierung wurde ein Kampf vermieden. Die Truppen, ebenso die Matrosen, rückten wieder ab.

Am 24. Dezember morgens um 8 Uhr erschien ein junger Offizier mit drei bewaffneten Soldaten vor dem Schlosse und überreichte den Matrosen ein Ultimatum, in welchem es ganz kurz heißt: „Wir verlangen völlige Ergebung der Matrosen, binnen zehn Minuten haben alle das Schloß und den Marstall zu verlassen und sich unbewaffnet auf dem Schloßplatz aufzustellen. Wie geben zehn Minuten Bedenkzeit. Wenn nach dieser Frist nicht die weiße Fahne gezogen wird, werden wir Schloß und Marstall mit Artillerie beschießen." Die Matrosen lehnten das Ultimatum ab. Die Fronttruppen eröffneten nunmehr das Feuer mit Geschützen, Teile des Schlosses und des Marstalls wurden zerstört. Die Matrosen antworteten mit Maschinengewehrfeuer. Nach 2 Stunden erbaten die Matrosen einen Waffenstillstand, um die im Marstall wohnenden Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen. Der Kampf wurde dann wieder aufgenommen. Währenddem erlangten der Vollzugsrat, Zentralrat und der Zentralrat der Marine Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommissare, die auch stattfanden und folgendes Ergebnis hatten: Die Matrosen räumen das Schloß und erhalten andere Räume, darunter den Marstall. Die Matrosen werden der Republikanischen Soldatenwehr angegliedert und mußten sich verpflichten, an keiner Aktion, die sich gegen die Regierung richtet, mehr teilzunehmen. — Wenn auch die Regierung bei den Verhandlungen nicht ihr Ziel erreicht hatte, so war doch die Verbindlichkeit der Matrosen, sich an keiner Aktion gegen die Regierung zu beteiligen, die Grundlage, auf der die Matrosen gegen die Arbeiterschaft gebraucht werden sollten. Der Kampf war eingestellt worden und die Fronttruppen zogen ab. Diese kamen sowieso zuletzt in starke Bedrängnis, indem starke Arbeitermassen von allen Seiten heranrückten.

Bemerkenswert sind die Aeußerungen, die Landsberg machte, als er von dem Ergebnis der Verhandlungen erfuhr: „Was soll denn das? Mit Rebellen verhandelt man nicht, die schlägt man nieder." Die gleiche Auffassung vertrat der „Vorwärts", allerdings in vorsichtigerer Form. Der Kampf um das Schloß war nur ein Teil der zusammenhängenden geschichtlichen Ereignisse, des Umsturzes vom 9. November, war der Strich unter die erste Phase der deutschen Novemberrevolution. Wenn die Ebert-Scheidemann-Landsberg den Matrosen ihr Wort gaben, um es zu brechen, wenn sie mit den kaiserlichen Generalen einen Pakt schlossen, wenn sie sich entrüsteten weil einige Kunstschätze aus dem Schlosse entwendet wurden und sie andererseits mit Kanonenfeuer das ganze Schloß zerstören lassen wollten, wenn sie jammerten über das Leben ihres Genossen Wels, das gefährdet schien, und trotzdem den Marstall, wo Wels gefangen war, beschießen ließen, so waren das alles nur Begleiterscheinungen des großen Verbrechens an der Revolution, das eingeleitet wurde, noch ehe sie ausgebrochen war, das planmäßig weitergesponnen wurde, das vollbracht werden sollte mit allen Mitteln — und später auch vollbracht wurde. — — —

„Alle Macht geht vom Volke aus!"

oder: Die parlamentarisch regierte Republik!

Zwischen den sehr großen Männern, die die Reichsregierung, und denen, die die Länder-Regierungen bilden, ist ein Techtelmechtel ausgebrochen. Die Reichsregierung nimmt für sich in Anspruch, die Mitglieder zum Verwaltungsrat der Reichsbahn zu ernennen, zusammen mit Preußen. Die Länder — wenigstens Sachsen, Baden, Württemberg beanspruchen, da mitreden zu können. Sachsen und Baden haben nun beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches eine einstweilige Verfügung beantragt, der Reichsreigerung zu verbieten, die zum 31. Dezember d. J. ausscheidenden Mitglieder des VR. der RB. neu zu nominieren. Einen Tag, bevor der Staatsgerichtshof seine Entscheidung treffen wollte, hat die Reichsregierung die Mitglieder doch ernannt. Daraufhin hat der Staatsgerichtshof seine

Weihnachtserinnerungen

(Aus einem unbekannten Buch.)

Zwanzig Jahre war es her, daß mich ein hartes Schicksal von der Heimat vertrieb. Nun saß ich wieder zwischen ihnen, wie der verlorene und nun wiedergefundene Sohn. Aber immer mit meinen eigenen Gedanken.

Scharfer Peitschenknall von draußen scheucht mich nun aus meiner Träumerei auf. Es ist mein jüngster Bruder, der probiert seine neue Peitsche. Aber warum sind meine Nerven so empfindlich gegen den scharfen Knall?

Ein Handwekrsbursche zog mich einmal beiseite, als ich meine neue Peitsche an einer Kuh probiertte. „Weißt du, was die Kuh dir sagen wollte, als sie sich stumm umdrehte?" fragte er mich. „Sie wollte dich fragen: Warum schlägst du mich" — sagte er dann ganz ernst — „gefällt es dir, wenn man dich schlägt?" Ob es mir gefiel? Ich würde eben geschlagen und damit basta. Aber der Handwerksbursche, dem ich die Antwort schuldig blieb, hat wohl den ersten Zweig der großen Dornenhecke beiseite geschoben, durch die ich hindurch mußte. Die große Dornenhecke, die zwischen dem Diesseits und dem Jenseits der geistigen Finsternis und befreienden Erkenntnis liegt.

Mutter und Vater bemühten sich besorgt um mich. Sie konnten nicht wissen wo meine Gedanken waren. Stolz und Güte verklärten ihre staunenden Augen. Meine Sprache schien ihnen so gewaltiges auszudrücken. „Der Heiner", sagte meine zweite Mutter oft bedauernd, „der hätt halt ein Pfarrer werden sollen." Und mein Vater, „wenn'st halt ein Reichstagsabgeordneter worden wärst, da würdens gschaut ham, die Bauern hier."

Da mit einem Male verfinsterten sich beider Gesichter wieder. Ein anderer Bruder von mir, der junge Hirt, ging draußen vorüber. Er schaute geradeaus, wie einst der Alte, grüßte nicht. Er lag mit den Eltern in bitterster Feindschaft, die beiderseitig mit fanatischem Eifer geschürt wurde. Feindschaft um — nichts. Jeder Versuch, die lächerlichen Ursachen des Streites beiseite zu räumen, scheitert hoffnungslos. Jeder ist im „Recht". Wenn einer der tötlich Hassenden und Gehaßten einmal vom Blitz erschlagen am Wege liegen bleibt, sein Haus die Beute des Feuers wird, sein Vieh von der Seuche getötet, sein Kind ertrinkt: Dann hat der liebe Gott eben den Ruchlosen gestraft, dem Unschuldigen Genugtuung verschafft — wenn er ihn nicht züchtigte, weil er ihn liebte. Gottes Wege sind unerforschlich — aber es mag nicht schwer sein, aus dem Gottesprogramm für jedermann einen gültigen Reisepaß zum Himmel zu zimmern.

Die Luft in der Stube wurde mir mit einem Male so schwer. Ich greife mir einen dicken Hirtenstecken und gehe fort. Der Haß ist wieder fort aus den Augen der Alten, als sie mir nachschauen. Es ist nicht nur Liebe wenn auch nur recht problematischer Art — die sie zu mir aufschauen läßt. Gerade so glänzten die Augen, wenn es nachts stark gewitterte und mein Vater aus der Bibel vorlas. Der flackernde Haß vordem war nicht der gerechte Zorn gegen eine sinnlose Welt — er ist die blinde Rücksichtslosigkeit der Herrenmenschen und die ohnmächtige Wut der Knechte. Sie wachsen aus demselben Boden, sind von demselben Holz. Niemand hat ihnen den ersten Zweig der großen Dornenhecke beiseite gebogen, durch die der Weg hindurchführt von dem Tierreich in das Reich der Menschheit.

Ein Weg vollen Gefahren. Er führt über stinkige, giftige Sümpfe, am Rande lauert das Verbrechen, und manchmal schnellt ein stacheliger Ast zurück, wenn die Kräfte nicht ausreichen, ihn abzuhalten, bis der einsame Wanderer seine müden Füße auf die nächste sichere Flattform setzen kann. Die meisten, die von unten her kommen, gehen zu Grunde. Werden durch die giftigen Sümpfe ruiniert, verbluten an den Wunden, die sie sich an den Dornen holten, irren ein Lebenlang ausweglos umher und sterben im Dunkeln.

Für meine Kindheit mochte vorerst genügen, daß mein einsames Leben einen Inhalt bekam durch die Verbundenheit mit den Tieren, die um mich waten, durch die Freundschaft mit einem Hund. Aber als die Schule mich entließ, und ich als der Aelteste fort mußte, war ich wieder auf Menschen angewiesen. Viele Zweige der großen Dornenhecke waren noch abzuhalten, viele stinkende Pfützen noch zu umgehen. Und das gefährliche dabei: Der Wanderer ist selbst fast blind, ist auf Glück angewiesen, weiß selbst nicht recht, was er sucht. Wer hindurch ist und dann zurückschaut, sieht erst die Gefahren, die ihm drohten.

Als ich schon ca. 2 Stunden gegangen war, jene Wege, an denen mich früher nur interessierte, wieviel Zeit man gebraucht, um sie zurückzulegen, umgab mich schon der weite Wald mit seinem Schweigen, das aufkeimende Erinnerungen emporhebt und sie nebenher tanzen läßt, wie Mücken an schwülen Sommertagen. Ja, wie leicht hätte die Prophezeiung meiner Eltern, daß ich einmal im Zuchthaus enden müsse, Wahrheit werden können. Ob ein Mensch dann mir in der Heimat oder sonstwo die Hand gedrückt hätte, — wer weiß?

Ganz still war es ringsum, schon gegen Abend. Nur ein Hase huschte hie und da scheu über den Weg oder ein Krammetsvogel, eine Elster schrie hungrig auf. Als ich den Berg erklommen und die große Waldwiese überschauen konnte, richtete ein Rudel Rehe mißtrauisch die gekrönten und ungekrönten Häupter hoch. Sie waren zum Abendbrot gekommen nach dem Futterplatz, den ihnen die Menschen dort errichteten, um sie am Leben zu erhalten, bis es ihnen gefällt, sie zu erschießen. Schneewolken jagten eilig unter dem Stückchen Himmel fort, das über der Waldwiese lag, als flüchteten sie vor den aufkommenden Sternen. Die kleinen Tannen am Wege standen so feierlich, so still, als wollten sie den Schnee, der dort auf dem Berge noch auf den Zweigen lag, nicht verschütten, als gehöre diese Aufmerksamkeit mit zu meinem Empfang. Kirchenglocken läuteten den Abend ein.

Ich schaute immer noch auf die Rehe. Ich wußte nicht, ob sie mich sahen, es war schon dunkel und ich stand hinter einer kleinen Tanne. Aber sie mußten mich wittern. Einige hielten immer Wache, wenn die anderen fraßen. Nun nahmen sie alle noch ein Maul voll Heu mit, und verschwanden hintereinander in den Wald. Ich blieb aber immer noch stehen. Ich sah außer dem Geschenk, daß die Natur mir auf der Waldwiese bereitete, noch etwas anderes, auf dem anderen Wege, den ich von weiterher gekommen.

Ich sah einen jungen Menschen, inmitten einer Truppe älterer Vagabunden, denen der Stolz verbot, die Menschen anzubetteln, von denen sie verachtet wurden, weil sie schon einmal in dem Haus mit den dicken Mauern waren. Man gab ihnen keine Arbeit mehr. An einem Lagerfeuer schmorten sie Gänse, Enten, Hühner. Sie holten sie am Tage und des Nachts. Aus den Teichen angelten sie Enten mit tsarken Angeln, an denen Brot über einen spitzen Haken geklebt war. Ehe die harmlosen Schwimmer schreien konnten, waren sie schon tot im Sack. Hühner, die im Walde Nahrung suchten, wurden durch einen sicheren Wurf die Beute der Räuber. Und auch in den Ställen war nichts ganz sicher. Abends trafen sie sich mit ihrer Beute, machten Feuer und sengten den Raub über ihm. Dann wurden die toten Leiber ausgeschlachtet, mit Fett und Gewürz gefüllt und sachverständig zugenäht. Mit einer Schicht Lehm umgeben, schmorten sie dann in der Glut, bis der Lehm rissig, weiß wurde. Dann war der köstliche Braten fertig. Ließ sich abpellen wie ein frisches Ei. Bei Schnaps und Zigaretten wurde dann noch erzählt von überstandenen Gefahren, neuen Plänen, bis es kalt wurde und jeder in seine Decke kroch in der schwer zugänglichen Felsenschlucht des Böhmerwaldes.

Eines Nachts wurden sie dann von der Gendarmerie umstellt und gefesselt fortgeführt, wieder in die Häuser mit den dicken Mauern. Der junge Mensch, der immer mit verhaltenem Atem der Heldentaten lauschte, die sie abends am Lagerfeuer erzählten, kämpfte schon immer gegen mahnende Gewissensbisse. Er machte die Bekanntschaft einer dieser Verwegenen, als er abends müde und hungrig der nächsten Herberge zuwanderte. Ein kurzes Gespräch genügte um mitzugehen. Mitgegangen, mitgefangen! Eines Tages aber, nachdem auch ein anderer nicht wiederkam, ist er dann heimlich fortgeblieben, und weiter gewandert.

In einer naheliegenden Stadt habe ich dann gelesen von den verhafteten Räubern. Die Zeitungen brachten große Knallzeilen und lange Artikel. Eine auch die Photographie der an den Armen zusammengeschlossenen, und der sie begleitenden Gendarmen. Ich habe in den darauffolgenden Nächten nicht schlafen können, denn der junge Mensch mit den klopfenden Herzen und schlechtem Gewissen — das war ich. Ich war glücklich wieder einmal an einem lockenden Abgrund vorbei. Hatte einen großen Ast der großen Dornenhecke mehr hintermir, wußte, daß ist kein Ausweg aus der Gefangenschaft der Hungerleider.

Die helle Glocke der Dorfkapelle hatte nun aufgehört zu läuten. Nur noch leise vibrierte ihr schmelzender Klang über die abendliche Waldandacht. Als wollte ich nicht stören, hatte ich abgewartet. Hatte auf die schneebedeckten Weihnachtsbäume hingeschaut, auf die fliehenden Wolkenfetzen, und die Lichter des Dorfes, die durch den Wald schimmerten. Ich mußte gehen. — Sie werden mich zu Hause erwarten, werden wohl auch schon den Baum angezündet haben, den ich als schön begutachtete. Ich wollte nicht sagen, daß in mir Gedanken ganz eigener Art durch jene harmlosen Lichtlein aufkommen. Wozu Menschen quälen, die zu tief im Dunkeln wandeln um den trügerischen Schein zu erkennen.

Auch ich habe einmal einen Weihnachtsbaum gekauft und eine Puppe und einen Steinbaukasten und eine warme wollene Jacke. Für eine der Frauen habe ich das gekauft, die in den Jahren vor dem Kriege immer an der Werft der A.-G.-Weser in Bremen-Gröppelingen standen, und die neueingestellten Arbeiter fragten, ob sie nicht bei ihnen wohnen wollten. Sie war so jung noch, kaum über 20, und als sie mich fragte, sah ich wie schwer ihr das wurde. Die Menschen, die im Schatten wandeln, verstehen sich so leicht. Ich ging ohne weiteres mit. Es war Anfang November und schon recht kalt. Ich freute mich meiner Arbeit und meines sauberen, warmen Stübchens unterm Dach.

Aber oft hörte ich Lärm unter mir und öfter sah ich in die verweinten Augen der blutjungen Frau. Ihr Mann war ein Säufer, ein roher Mensch und ein Faulenzer aus Prinzip noch obendrein. Oefter hielt sich die kleine Frau auch ein wenig unter der Türe auf, wenn sie mir abends Kaffee brachte. Und wenn sie die Groschen zusammenrechnete für Waschen und Flicken kam mir das immer so wenig vor. Sie wollte eben ihren „jungen Mann" behalten, um der Miete willen. Und dann floß öfter auch ihr Herz über von ihrem verfuschten Leben. Oefter legte ich eine Mark dazu, mit der Bemerkung, daß ich mich an ihrer Ausbeutung nicht auch noch schuldig machen wolle. Sie solle für sich und ihre Kleinen eine kräftige Suppe kochen.

Und dann kam Weihnachten, die über alles Elend und über allen Schmerz jenen trügerischen Schleier breitet, jene Stimmung, die auch an das Fenster derer pocht, die in der Fremde umherziehen, und die wohl unterscheiden können zwischen Liebe und dem, was man schlechthin so nennt; die öfter an diesem Abend kein Bett, kein warmes Abendbrot, keine heilen Schuhe hatten, wenn die Lichter aus dem Fenster scheinen. Die so gelernt haben, das Schenken nicht beschämend sein darf.

Und so schlich ich mich mit meinem Bäumchen, meiner Puppe, Steinbaukasten und wollenen Jacke nach Hause, und fragte sie, ob ich ihr das geben dürfte, geben dürfte für die Arbeit, die ich doch immer nur halb bezahlt hätte. Erschreckt wehrte sie ab. Sie dürfe nichts derartiges annehmen. Da keifte ich ihr Mann schlecht, er wäre sowieso so furchtbar eifersüchtig.

Das schreckte mich aber nicht. Abends, als er nach Haus gekommen war, ging ich hinunter, bat ihn um Entschuldigung und sagte ihm, er dürfe es nicht übel nehmen, und teilte aus. Dann kochte die junge Frau Kaffe und ich blieb da. Wollte sowieso einmal mit dem Herrn sprechen, so bei Gelegenheit.

Er war scheinbar beschämt, unter der Scham kochte Zorn und Eifersucht. Kurz nachdem ich fort war, so nach einer Stunde, ging auch er. Er erwarte wichtige Nachricht bezüglich Arbeit, sagte er, von einem Kollegen drüben in der Wirtschaft.

Und nachdem klopfte es dann noch einmal an meiner Tür. Sie wollte sich bedanken, ehe sie schlafen ging. Velleicht hätten wir uns noch ein bißchen erzählt, wenn nicht mit einem Male die Haustüre aufgerissen worden wäre, der Wüterich in die Stube rannte und als er sie dort nicht fand, schnurstracks die Treppe hinauf gerast und seine Säuferfinger nach seiner jungen Frau ausgestreckt hätte, die, vom Schreck gelähmt, aufschrie. Es war nicht leicht, den Rasenden niederzuzwingen, aber die Kraft meiner Jugend siegt doch, — und sie ergriff meine Partei auch handgreiflich. Wir warfen ihn einfach die Treppe hinunter.

Aber nun entstand die Frage, wo wollte die junge Frau bleiben? Wo die Kleinen? Einer mußte fort, sofort! Als er unten in der Stube saß und auf Rache sann, schlich sie sich zur Polizei und wollte ihn verhaften lassen. Man kannte ihn dort schon; schon öfter haben Nachbarn die Schreie der jungen Frau gehört. Sie flüchten und Anzeige erstatten sehen. Aber die Polizei mischte sich nicht in Familienangelegenheiten. Aber nun hatte er gehört, wie sie das Haus verließ, rannte ihr nach. — das war sein Verderben. Ich war ebenfalls nachgeeilt und bestand auf der Verhaftung. Man nahm ihn fest.

„Ich fürchte mich so", sagte das junge Weib, als wir zurück waren und sie mir alles erzählt hatte: Wie ihre Unerfahrenheit ihr zum Verhängnis wurde, sie dann seine Frau wurde, um des Kindes willen, denn auch das zweite kam kurz darauf. Dann fragte ich sie, ob ich unten in der Stube schlafen soll, weil ja doch die erschreckten Kleinen in der Kammer nebenan schliefen. Sie sagte „ja". Der Ebebruch war fertig, trotzdem in dieser Nacht ein Gewitter von Schmerz und Scham für erduldete Erniederung die junge Frau erschütterte, daß der Gedanke eines Ehebruchs im Sinne der blechernen Justiz die Hirnlosigkeit der verstaubten Akten dieser Justiz voraussetzte — nicht aber die einfache Erkenntnis, daß hier der aufrichtige Wille, fast tötliche Wunden zu heilen, sich nur in aufrichtiger Kameradschaft äußern konnte, nur ein gut gemeinter Händedruck der Geschändeten neue Kraft verleihen konnte, den Sturz zu überwinden. Aber darauf kam es nicht an. Wenn es wahr war, daß der junge Mann in jener Nacht im Zimmer dieser Frau war, die vordem schon, kaum daß ihr angetrauter Gatte das Haus verlassen, sich auf sein Zimmer schlich, — dann war Tannebaum und Puppe und Baukasten und wollene Jacke das Sündengeld für die Ehebrecherin, die Dirne. Aber es war nicht wahr, daß wir in jener Nacht in einem Zimmer schliefen. — Ich habe das beschworen.

Leichter Schnee fiel nun. Vor unserem Hause bellte der Hund, er hört mich kommen, kennt mich noch nicht genau. Mein Vater steht im Hof, erwartet mich schon. Seinen Heiner, seinen Großen. „Bleibst ja gar so lang", sagte er, „Hast' denn gar kan Hunger net?" —

(Schluß folgt.)

Entscheidung für unbestimmte Zeit vertagt und einen Beschluß gefaßt. „Er wird sich an den Herren Reichspräsidenten wenden mit dem Antrag, dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Gewähr für diejenige Achtung seiner Gerichtsbarkeit zu verschaffen, deren er zur Erfüllung seiner **verfassungsmäßigen** (!) Aufgaben bedarf."

Wer regiert nun? Das „Volk", das Parlament, der Staatsgerichtshof oder der Reichspräsident? Nach der Meinung des Staatsgerichtshofes verfassungsmäßig er selbst, die alten monarchistischen Weißbärte, und als höchtse Instanz der Reichspräsident!

Angenommen, nicht Exzellenz Hindenburg, der jugendliche, willensfrische, soldatenmutbegabte wäre Reichspräsident, sondern, nehmen wir dies mal an, das „Volk" wählte einen uralten, ausrangierten, im Kriege seiner Altersinvalidität wegen geschlagenen monarchistischen General, einen denkunfähigen Trottel — — —?

Das ist die Demokratie! Der parlamentarisch regierte Staat! Wo zu also die Diätenempfänger?

Der Staatsgerichtshof, besetzt mit den Treuesten und Traditionellsten des konservativen Staatsgedankens, wurde den „Novembermännern", den Männern des „neuen Systems" einst von der Rechten zugestanden, als Aequivalent dafür, daß sie den Ebert-Landsberg-Scheidemann die Arbeiter niederschlagen halfen. Jetzt regiert die kleinste Minderheit damit. Der Staatsgerichtshof ist die höchste gesetzgeberische Körperschaft, weil er alle der äußersten Rechten nicht genehmen Gesetze verwerfen kann. Der Staatsgerichtshof ist also höchstes Gesetz. Und die „Novembermänner" drillen die Arbeiter, die Gesetze des Kapitalismus zu respektieren.

So nichtssagend für die Arbeiter das Techtelmechter um den Verwaltungsrat der Reichsbahn ist, so zeigt es doch, wie die Arbeiter, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften folgen, an ihrem eigenen Untergang arbeiten!

•

Der Mann mit dem § 51.

Ein Landwirt in Bergholz bei Michendorf hatte an seinem Gutshof eine Tafel mit folgendem Inhalt anbringen lassen: „Juden, Agenten, Hausierern und Musikanten ist das Betreten meines Hofes untersagt!" Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin wandte sich an den Landrat in Belzig. Dieser gab den Vorgang an den Oberstaatsanwalt in Potsdam. Der Oberstaatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab. Auf eine erneute Vorstellung bei dem Landrat erwiderte der Landrat Dr. Bohne in Belzig ablehnend. Darauf wandte sich die Beschwerdestelle an den Regierungspräsidenten in Potsdam. Dieser hat folgende Entscheidung getroffen: „Auf die dortige Eingabe vom 19. v. M. erwidere ich, daß ich den Landrat des Kreises Zauch-Belzig angewiesen habe, das Erforderliche zur Beseitigung der Verbotstafel an dem Bauerngehöft in Bergholz zu veranlassen."

Der Landrat lehnt nun aber ab? — Gegen den § 51 ist also auch Genosse Grzesinski machtlos, wenn ihn ein Bauer hat.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Leipzig

Ortsgruppe Böhlitz-Ehrenberg sendet uns folgenden Bericht:

Lügenmethoden der „Roten Hilfe".

In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" (KPD.) Nr. 294, 18. Dezember 1928, verbreitet die „Rote Hilfe" die gemeinsten Verleumdungen über KAP.-Genossen von Böhlitz-Ehrenberg: „Betrügerische Sammler berauben die Rote Hilfe. — In Böhlitz-Ehrenberg verüben KAPD.-Mitglieder Betrug an der Winterhilfssammlung" — dies die Ueberschriften. Noch schlimmer der Inhalt des Artikels. Es wird behauptet, daß KAPD.-Mitglieder die (für die Rote Hilfe) bereitgestellten Gelder eingesammelt hätten — daß wir nicht als Vertreter der KAP., sondern als „Rote Helfer" aufgetreten seien, daß unsere Sammlung ein glatter Betrug an den proletarischen politischen Gefangenen sei — und schließlich heißt es gar, wenn die eine Sammlerin „noch nicht alles proletarische Ehrgefühl verloren hat, so liefert sie sofort die unter Mißbrauch gesammelten Spenden an den Bezirksvorstand der Roten Hilfe Wertsachen, Leipzig, Elisenstr. 22, ab. Andernfalls muß angenommen werden, daß die gesammelten Spenden zur persönlichen Bereicherung dienen."

Eine einzige Lügenkampagne, die aber den Vorsitzenden der Ortsgruppe Böhlitz-E., der dieses Schanddokument unterzeichnet hat, in seiner ganzen Fratzenhaftigkeit kennzeichnet. Ursprung der Verleumdung ist natürlich die Tatsache, daß sie (ohne unser Vorwissen) „zu spät kamen". Die andere Ursache, daß unsere Gruppe in den letzten Wochen starken Zuwachs bekommen hat, wie mit öffentlichen Versammlungen und Massen von Handzetteln, systematischem Zeitungsverkauf in allen Straßen (Erfolg der letzten 14 Tage ist 18 neue Abonnenten der KAZ.) einigen KPD.-Fanatikern ungeheuer auf die Nerven gefallen sind. Die KPD. und KJ.-Ortsgruppen, die in den letzten Wochen fast bis zum Zusammenbruch von inneren Krisen und propagandistischen Mißerfolgen zermürbt wurden, brauchen neues Wasser auf ihre Mühlen. Aber mit diesen plumpen Lügenmethoden und persönlichen Verunglimpfungen kommen sie nicht durch! Erstens haben wir den Wahrheitsbeweis in der Hand und werden sie zwingen, in ihrer eigenen Presse den Schwindel zu widerrufen, und zweitens sind gerade diese gemeinen Verleumdungen und Beschimpfungen der beste Ansatzpunkt für uns, von hier aus weiter vorzustoßen. Sie wollten uns in unserem Vordringen stören — und machen doch bloß Propaganda für uns! Nur weiter auf diesem Wege — die größten Lumpen entlarven sich selbst! —

So weit der Bericht des Genossen. Wir sind allerdings über die Heldentaten solcher Bonzen nicht überrascht. Diese Herren, die um die Silberlinge, die sie als Gehalt beziehen, beliebig oft umlernen, die zum Schein den Mund so voll nehmen von der Hilfe der politischen Gefangenen und zu gleicher Zeit Bravo! schreien, wenn die russische Kulakenregierung revolutionäre Arbeiter und Oppositionelle in Sibirien wie Vieh verrecken läßt, solch politisches Lumpengesindel ist zu jeder Gemeinheit fähig. Daß man sich mit ihm noch herumschlagen muß, ist leider noch immer, und zwar deswegen notwendig, weil ein Teil Proletarier das infame Spiel noch nicht durchschaut, das mit ihnen getrieben wird.

Chemnitz

Bekanntlich wurden vor kurzem die Funktionäre Hausding, Kühn und Vettermann wegen ihrer Minierarbeit für Brandler aus der KPD. ausgeschlossen. Die Tätigkeit der offenen Brandlerianer macht nun selbstverständlicherweise den Leuten im „Kämpfer" starke Kopfschmerzen. Da man natürlich selbst vom Geiste Brandlers ist, es aber zurzeit noch nicht offen bekunden kann, geht man ausschließlich mit Rowdimethoden gegen die ehrlichen Brüder im Bunde Stalin-Brandler vor. Wie es ja fast immer bisher so im Wesen unserer Chemnitzer Parlaments„kommunisten" lag, viel weniger mit sachlich politischen Argumenten als mit „schlagenden" Beweisen politisch Andersdenkenden zu dienen.

Da sich besonders im Stadtbezirk „Süd" der KPD. (nebst Schubert- und Salzer-Zelle) der offene Brandlerismus (lies Leninismus) bemerkbar macht, sah sich die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland genötigt, sich in einem Rundschreiben an die Mitgliedschaft dieses Bezirks zu wenden. Die Bezirksleitung gibt sich in diesem Ukas die größte Mühe, nachzuweisen, daß die KPD. immer noch die „einzige" große, revolutionäre Partei sei. Vor allem weist man auf den Leiter der Schubert- und Salzer-Zelle, Müller, hin, der „auch" an der Gründungskonferenz der Brandleristen teilgenommen habe. „Gen. Müller hat erst in der letzten Zeit einen großen politischen Fehler begangen, indem er zur Schlichtung eines Streites zwischen zwei Arbeitern im Betrieb die Polizei alarmierte," heißt es im Rundschreiben.

Sollte diese Tat, vom Standpunkt der Parlamentskommunisten aus betrachtet, wirklich ein solch „großer politischer Fehler" sein?

Ist, von diesem Standpunkt aus betrachtet, die Polizei nicht die berufene Ordnungshüterin? Wenn nicht, dann versteht natürlich auch der naiveste Proletarier nicht mehr, aus welchem Grunde die KPD. sich so warm für diese (Gummi-Knüppel-)„Arbeiter im Uniformrock" in den Parlamenten einsetzt. Oder, sollen diese Hüter der Ausbeuterrepublik die von eurer Partei beantragten „Mehr"-Millionen ganz umsonst bekommen, werte Bezirksleitung der KPD. in Chemnitz?

Wie die „Volksstimme", Organ der („linken") SPD., zu berichten weiß (diese Zeitung ist überhaupt immer besser über die Vorgänge in der KPD. unterrichtet als das Organ dieser selbst), wurde dem „Kämpfer"-Redakteur Günther gekündigt, und über Siewert, M. d. L., wurde Redeverbot verhängt. Beide sind verdächtigt, mit Brandler ein Bett zu wärmen. Weiter ist interessant, zu erfahren, daß auch Hofmann, Stadtverordneter, mit Brandler Verbindung gesucht haben soll. Man hat ihn ertappt, wie er so heimlich und leise wollte, und reumütig kehrt er zurück, nicht aber ohne eine Erklärung abzugeben, daß er „gar nichts" mit den Fraktionsmachern zu tun habe.

Es wird nicht mehr gar zu lange dauern, und es wird hier keinen bezahlten Funktionär der KPD. mehr geben, der nicht im Verdachte bei den bereits im Verdachte stehenden steht, insgeheim, still und heimlich mit den offenen Brandleristen zu liebäugeln; geht doch über die Brandlerfraktion der Weg zurück zum Schoß der Mutter SPD., dort wird man wieder aufatmen können. Der Weg des konsequenten, revolutionären Marxisten-Kommunisten, dieser Weg ist all zu beschwerlich, gefährdet gar zu sehr das beschauliche Dasein von Gehaltsempfängern.

Die Proletarier in der KPD. aber werden erkennen müssen, daß sie unmerklich, unbewußt den Weg der Konterrevolution gingen. Langsam aber sicher ging die KPD. den Weg der SPD., mit einer Schwulst von Phrasen und radikalem Geschrei verschleiert. Im Grunde trennt beide nichts mehr.

Und bald vielleicht schon werden wir den großen Tag der „Einheitsfront" erleben. Endgültig wird die KPD., die den Gedanken des Kommunismus beschmutzte und diskreditierte, damit die Sozialdemokratie Triumphe über den revolutionären Teil des Proletariats feiern konnte, aufgehen im Schoße der Mutter SPD.

Das wird der Tag sein, an dem das Kampffeld gelichtet sein wird: Dort der Ausbeuterstaat, die Sozialdemokratie seine Stütze — hier das revolutionäre Proletariat; zäh und erbittert wird sein Kampf sein, den es unter antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Losungen führen wird als Klasse, in den Betrieben zusammengeschweißt, die revolutionäre Allgemeine Arbeiter-Union.

Die KAP. zeigt dem Proletariat den Weg, den es gehen muß. Die Befreiung der Arbeiter kann nur ihr Werk selber sein.

•

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die **„K. A. Z."** (Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei) ist eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Waffe im Kampf gegen das Kapital und seine Helfer: parlamentarische Parteien und Gewerkschaften.

Die **„K. A. Z."** beleuchtet vom revolutionär antiparlamentarischen Standpunkt die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse.

Die „K. A. Z."

ist unabhängig von jedweden Bindungen an die Geschäftswelt (Inserate usw.)

Die **„K. A. Z."** ist kein Tummelplatz für kapitalistische Reklame und Geschäftemacherei.

Die **„K. A. Z."** will dienen der Einheit der Arbeiter von unten auf, als Klasse.

Klassenbewußte Arbeiter lest die „K. A. Z."

Erscheint wöchentlich einmal — Montags neu.

In Chemnitz zu erhalten: Buchhandlung im Südbahnhof; Zeitungs-Kiosk Ecke Kronen- und Poststraße; Buchhandlung im Nicolei-Bahnhof; Zeitungs-Kiosk Hohe Brücke; Buchhandlung Lehmann, Rochlitzer Straße; Zeitungs-Kiosk Ecke Brücken- und Königstraße; Buchhandlung Laugsch, Antonplatz 9; sowie in allen anderen Buchhandlungen auf Anforderung.

Nürnberg

Das Geheimnis.

Im neugewählten Stadtrat befanden sich drei Stalinisten, Arbeiter, die es ehrlich mit der Sache ihrer Wähler meinten. Sie wollten schon zeigen, was sie leisten könnten; sie wollten von dieser Plattform aus den Kampf führen gegen Staat und Gesellschaft, für die Sache des Proletariats, wollten den Klassenstaat demaskieren, bloßstellen; Mißstände in die Oeffentlichkeit bringen und Aehnliches mehr.

Unter den Drei befanden sich zwei Neulinge, der dritte war bereits im alten Stadtrat gewesen. Und nun ging's an die Arbeit: Taten, nicht nur Worte. Und so kam einer der beiden Neulinge in das Obdachlosenasyl, um nachzusehen, ob alles in Ordnung sei. Da geschah es, o Schreck, o Graus, was sah er da: Wanzen, Wanzen! Was tat er nun, der tapfere Kämpfer (das war ein großes Geheimnis für ihn), er sagte nicht einmal seinen beiden Fraktionskollegen auch nur ein Wörtchen davon. Nein, dieses Geheimnis will er ganz allein in die Oeffentlichkeit bringen, und zwar von der Rednertribüne des Rathauses. Er wollte enthüllen, ja, das wollte er, und damit beweisen, wie wichtig es ist, als Kommunist im Stadtrat zu sein.

So kam der „große" Tag für ihn: die „öffentliche" Sitzung des Stadtrats Nürnberg, und da geschah etwas, das er nicht voraussah. Er meldete sich zum Wort und begann zu berichten: daß er im Obdachlosenasyl gewesen sei und was er gesehen habe, spotte jeder Beschreibung: Wanzen, Wanzen sind dort „kompagnieweise an den Wänden aufmarschiert". Er sprach's, und was geschah? Ein Flüstern ging durch die Reihen der Stadträte, und dann ein Lächeln.

Er hatte gesprochen, die Herren lächeln, was war geschehen? Zum Donnerwetter! Man erklärt dem Staunenden, daß er sich an den Pfleger des Asyls wenden müsse, und der Pfleger, der Pfleger des Asyls sei — sein Genosse und Fraktionskollege. Und wieder staunte er und ward stumm. — —

Sein Fraktionskollege fühlte sich aber aufs stärkste kompromittiert, erklärte seinen Austritt aus der KPD. und ging nach einiger Zeit zur Sozialdemokratie über; legte natürlich sein Mandat nicht nieder, sondern wurde soz. Stadtrat. In einer späteren Stadtratssitzung schalt der Enthüller den Enthüllten von wegen des „gestohlenen Mandats".

Es verging einige Zeit und der Stadtrat hatte eine Sekretärstelle zu besetzen und siehe da, unser „kommunistischer" Stadtrat, der Enthüller, bewarb sich um diese Stelle und — erhielt sie! — und siehe da, auch er stahl sein Mandat der KPD. und ging zur Sozialdemokratie über und soz. Stadtrat nannte man ihn von nun an.

Für revolutionäre Arbeiter sind solche Geheimnisse, daß die revolutionären „Entlarver" letzten Endes für das Proletariat nichts, für sich einen Posten heimbringen, längst kein Geheimnis mehr.

Weit unter Anschaffungspreis

geben wir einen großen Posten Bücher aus unseren Lagerbeständen ab. Die Buchhandlung ist auch Sonntag, nachmittag, den 23. Dezember geöffnet.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Aus der Internationale

Tschechoslowakei

Manuilski sagte einst auf einem Kongreß der KPC., daß diese eine Komintern im kleinen sei. Tatsächlich blieb der KPC. keine Abweichung erspart, sowohl Trotzkismus wie Abweichungen nach rechts, es herrscht Bureaukratendiktatur, Korruption in jeder Form, Gewerkschafts- und Parlamentkretinismus, kurz eine kleine Komintern.

Gegenwärtig sind die Diskussionsbeilagen der Blätter erfüllt von Gewäsch und Beschimpfungen, die Bonzen behetzen sich gegenseitig, wobei Lüge und Unterschlagung offenbar Worte sind, ohne die eine leninistische Diskussion nicht auskommen kann. Das nennt man Parteidiskussion. Sieben verschiedene Strömungen kämpfen um die Palme. Niemand weiß, was rechts und was links ist. Während die Reimanngruppe behauptet, daß der ehemalige Trotzkist Neurath ein linker Opportunist sei, behauptet Neurath und mit ihm Außig, daß Reimann stets rechts stehe. Tatsächlich dreht sich der Kampf zwischen diesen beiden famosen Leninisten um den Posten des Chefredakteurs des Reichenberger „Vorwärts", den gegenwärtig Reimann innehat. Beide wollen gegen rechts, gegen Zilek kämpfen, der wieder von einer anderen Gruppe als zu bekämpfender Linker bezeichnet wird, während die Zentristen unter Zapotocky zu vermitteln versuchen.

Das Ende dieses Liedes wird sein, daß der altbekannte ultrarechte Opportunist Smeral, der in Moskau als Mitglied des Ekki weilt, die Partei von rechten Elementen säubern wird und die braven „Linken" schöne Posten erhalten werden.

Während dies in der KPC. vorgeht, spalten sich zur Abwechslung einmal die roten Gewerkschaften. Darob Heulen und Zähneklappern in der KPC.-Presse.

Der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft wendet sich mit Ekel davon ab. Es ist daher nötig, alle Revolutionäre zusammenzufassen, um zu verhüten, daß der beste Teil des Proletariats im Indifferentismus versinkt. Diese Konjunktur will nun der Leninbund benützen, der sich vor Jahresfrist noch mit Elementen verband, die sogar der KPC. zu schlecht waren. Behufs dessen hat er sich mit der ultrarechten Rykowgruppe zusammengeschlossen und wirft seinen Köder schon in der „Fahne des Kommunismus" aus. Schon wird über die Existenz der KAPistischer Gruppen in Nordböhmen gejammert. Aber er möge sich beruhigen. Für politische Charlatane in der Art der Führer des Leninbundes, für einen „geläuterten" Nep-Bolschewismus gibt es bei uns keinen Boden. Das Proletariat hat die Leninisten, und mögen sie auch flöten wie verliebte Nachtigallen, endgültig satt. Möge die „Fahne des Kommunismus" es zur Kenntnis nehmen.

Wir folgen dem revolutionären Banner der KAP.

Proletarisches Notizbuch

Wiener Arbeiter sprengen Heimwehrversammlung. Wien, den 19. Dezember. In einer Versammlung der faschistischen Heimwehren in dem Arbeiterbezirk Ottakring kam es infolge von Provokationen der Faschisten zu heftigen Auseinandersetzungen mit revolutionären Arbeitern, bei denen **25 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.** Die Versammlung der Faschisten wurde von den empörten Arbeitern gesprengt. — Hier schreit der „Vorwärts" nach Belagerungszustand und Polizei um die „politischen Rowdies" zu bändigen und trifft damit seine eigenen Genossen in Oesterreich.

Massenaussperrung in Bombay. EP. London, 18. Dezember. **Meldungen** aus Bombay berichten über einen Ausbruch neuer Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Baumwollspinnereien. Während des Wochenendes sei es zu kleineren Streiks gekommen. Am Montag seien 16 Baumwollspinnereien geschlossen worden, wovon 15 000 Arbeiter betroffen wurden. Die Polizei wurde verstärkt. Indische Truppen patroullieren unter der Leitung von Polizeioffizieren durch die Straßen der Stadt.

Ausnahmezustand in Griechenland. Athen, 19. Dezember. Der griechische Innenminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Presse-, Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit aufhebt. Verstöße gegen dieses neue Gesetz sollen wie gemeine Verbrechen bestraft werden. **Der Entwurf setzt Freiheitsstrafen von 6 Monaten bis zu lebenslänglichem Zuchthaus fest und sieht für schwere Fälle die Todesstrafe vor.**

Das Weihnachtsgeschenk der KPD.-Mitglieder besteht, wie die „Rote Fahne" ankündigt, in einem „Offenen Brief". Der wievielte, das wissen wir allerdings nicht, aber der letzte wird es bestimmt nicht sein, trotzdem besagte Gottesbriefe schon eine ganz nette Bibel abgeben werden.

Organisatorische Mitteilungen

KAPD. und AAUD. Gelsenkirchen Buer.

Oeffentliche Kundgebung am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4,00 Uhr, im Lokal Kaldewey, Buer, Horsterstraße.

Düsseldorf.

Am Sonnabend, den 5. Januar, 7.30 Uhr abends, im Lokal Stiefermann, Linienstraße 77,

Januar-Feier

zur 10-jährigen Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der unzähligen ungenannten Opfer der Revolution. Konzert — Rezitationen — Ansprache „Rote Bühne".

Komm. Arbeiter-Partei.

Erzgebirge, Vogtland.

Auskünfte erteilt, und Anfragen sind zu richten an O. Otto, Chemnitz 13, Chtztalstr. 4.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

9. Jahrg Nr. 68

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. Dezember 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Eine Bilanz

Das Jahr 1928 geht zur Neige. Die Gazetten der Ordnung bereiten zur Gehirnverkleisterung ihrer Leser mit viel kitschigem Schleim und verlogener sozialer Romantik den Neujahrartikel vor. Bei den republikanischen Behörden, von der Reichspräsidentenspitze bis herunter zum Vorsteher einer dunklen Schreibstube klappern die Schreibmaschinen. Als Entschädigung für die ausgefallene Gehaltserhöhung wird für die Untertanen der Glückwunsch im Sinne der Weimarer Verfassung getippt. Der Offiziösus im Rundfunk wirft sich in die noch unbekleckerte Hemdbrust, nimmt drei Tropfen sozialen Oels, reichlich Schmalz, drückt auf beide Tränendrüsen, ehe er die Bilanz des Jahres ins Mikrophon losblubbert. Der gut bürgerliche Kaufmann und das satte Ausbeutertum machen Bilanz, ehe sie ihre Sorgen und Klagen über „zu hohe Löhne", Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt" mit Karpfen in Burgunder und Punsch mit Pfannkuchen herunterspülen.

Für das Proletariat ist ein Jahr wie das andere, auch es zieht seine Bilanz, aber sie hat ein anderes Gesicht. Die Arbeiterklasse kann und darf nicht, trunken von Sentimentalität, von einem Jahr ins andere taumeln. Nüchtern läßt sie die brutale Wirklichkeit der jetzt republikanisch frisierten Geldsackordnung Revue passieren. Das Proletariat liest die Bilanz an seiner wirtschaftlichen und politischen Lage ab.

Am Anfang des Jahres machte die Bourgeoisie noch mit vollen Segeln in Rationalisierung und in dem heiseren Chor der Lobredner auf diese neue Sachlichkeit zur Ueberwindung der Absatzstockung, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Hebung der Lage des Proletariats waren die Gewerkschaften die lautesten Schreier.

Vor der Schlußsumme dieser Entwicklung steht groß ein Minuszeichen. Die himmelhochjauchzende Begeisterung ist einem grimmen Pessimismus gewichen. Die neue Sachlichkeit entpuppte sich als die moderne Larve, hinter der sich die grinsende Fratze der gesteigerten Auspowerung der Lohnsklaven nach Stoppuhr und Fließband vollzog. Sie war das Mittel wachsender Monopolisierung. Das Fazit ist die Erhöhung der Arbeitslosen von eine auf über zwei Millionen, die sich nun das Recht auf Arbeit der Weimarer Verfassung auf den leeren Magen legen. Rationalisierung hieß Steigerung der Produktivität des einzelnen Arbeiters, Senkung seines Lebensniveaus durch Teuerung, aber steigende Gewinne der Unternehmer. Die durch allerlei Rechenkunststücke in den Abschlüssen getarnt werden. Hand in Hand mit der Rationalisierung ging eine sich laufend übergipfelnde Korrumpierung im wirtschaftlichen und politischen Leben. Der Konjunkturanlauf von 27 ist in ein Rückwärts übergegangen. So sieht der Aufstieg der „deutschen Nation" aus.

Die Gewerkschaften haben alles getan um diesen „Aufstieg" nicht zu stören. Mit zynischer Brutalität haben sie die Auflehnung der Geknechteten gegen das System gedrosselt. Wobei ihnen die staatlichen Strangulierungswerkzeuge, die Schlichtungspeitsche und die Handschellen der Spruchpraxis hilfreiche Dienste leisteten. Diese „kluge und vorsichtige Taktik" der Gewerkschaften wurde ergänzt durch eine konsequente Aussperrungsoffensive des Kapitals wie sie klassisch im Ruhrkampf der Hüttenarbeiter zum Ausdruck kam. Für eine im Durchschnitt nicht einmal 2 Pfennig betragene Lohnerhöhung wurden 215 000 Arbeiter über dem Wege des staatlichen Machtapparates nach fünfwöchentlicher Aussperrung wieder in die Tretmühle gejagt. Kollege, Minister Severing war stolz auf dieses Henkeramt und hat sich des Vertrauens der Schwerindustrie erneut würdig erwiesen.

Der „Vorwärts", die Zentraljournaille der Soz. Partei, besingt den Ausgang mit begeisterten Hymnen über die neue „Dynamik des modernen Klassenkampfes, der sich in der Demokratie **gewaltlos** vollzieht", der „nicht entschieden worden ist durch Mittel **überalteter Revolutionsromantik**, sondern durch Ausbreitung des **Gerechtigkeitsideals**". Das Proletariat im allgemeinen und die Ruhrhüttenarbeiter im besonderen machen am Jahresschluß eine andere Rechnung auf. Die Phrase von der Gewaltlosigkeit bleibt eine lehre Phrase, mag sie noch so oft in Rechnung gestellt werden. Nicht nur bei der Geburt der bürgerlichen Demokratie hat die Gewalt Pate gestanden, sondern die gewalttätige blutige Niedermetzelung der Revolution und ihrer Vorkämpfer war das Symbol der demokratischen Republik. Aber von ihrem bürgerlichen Standpunkt aus handeln Sozialdemokratie und Gewerkschaften folgerichtig, wenn sie die Kämpfe der Arbeiterklasse in die ideologischen Gefilde der Myteologie verlegen wollen und Streiks als überaltete Revolutionsromantik abtun. Denn schon nach alter Polizeiauffassung lauert hinter jedem Streik die Hydra der Revolution.

Die Henkerrolle Severings, die ideologische Einpeitschung der sogenannten neuen Dynamik und die Desavouierung des revolutionären Klassenkampfes, das ist der Preis, den die Schwerindustrie für die Koalition fordert. Das ist das Verlangen nach Ruhe und Ordnung, um den Profitquell nicht zum Versiegen zu bringen. Es ist zugleich die Frucht der Wirtschaftsdemokratie, wonach auf der Grundlage des Privateigentums die Klasseninteressen harmonisch vereint werden sollen.

Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit kann trotz alledem durch diese neue dynamische Taktik nicht überbrückt, sondern nur verschleiert werden. Will das Proletariat nicht langsam

Der neue Ekkibrief an die KPD.

Ein Manöver zur Verschleierung des Opportunismus

Er kommt durchaus nicht überraschend, der soundsovielte „Offene Brief des EKKI an die KPD." Nachdem es schon monatelang im Apparat der KPD. bedenklich knarrt wegen des Falls Thälmann und infolgedessen der Hexenkessel der Fraktionstätigkeit brodelt wie ein Teerofen, war vorauszusehen, daß aus Moskau bald wieder ein Bannstrahl kommen würde. Am 19. Dezember war der große Tag, wo das Präsidium des Ekki zusammentrat, um mit dem Schwert der Disziplin in das bunte Durcheinander der KPD. zu fahren.

Diesmal sind es keine Linken und Ultralinken, sondern Rechte und Versöhnler, die der Bannfluch trifft. Hausen und Galm sind direkt vom Ekki ausgeschlossen, während Brandler und Thalheimer, die „politisch Unverbesserlichen", sofort den Fußtritt erhalten, wenn sie nicht zur festgesetzten Frist vor der Kontrollkommission der KPR. sich melden. Außerdem hat das Polbüro des ZK. der KPD. durch besondere Vollmacht des Ekki acht Spitzenfunktionäre ausgeschlossen, und zwar Walcher, Frölich, Enderle, Köhler, Schreiner, Tittel, Schmidt und Rehbein. Weitere Ausschlüsse folgen, da auch das „Versöhnlertum" der Ernst Meyer, Ewert, Eberlein u. Gen. jetzt rücksichtslos zu bekämpfen sei.

Der neue Ekkibrief ist abermals der dokumentarische Beweis für den chronischen Krisenzustand in der KPD. Die Geschichte der KPD. in den letzten fünf Jahren ist die Geschichte einer Partei, die seit der Oktoberniederlage des deutschen Proletariats 1923 von einer Krise zur anderen taumelt. Wobei jedoch nicht zu vergessen ist, daß die Oktoberniederlage nur deswegen so groß und unheilvoll war, weil die KPD. durch ihre opportunistische Versumpfung selbst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Die Brandlergruppe wurde damals nur von der Parteiführung abgesägt, um die revolutionären Arbeiterelemente der KPD. bei der Stange zu halten, d. h. um einen ernsthaften Kampf gegen die Rechten mit disziplinarischen Manövern zu verhindern. Denn der politische Einfluß der Brandlersippe wurde nicht gebrochen, trotz ihrer organisatorischen Kaltstellung. Selbst das Ekki muß heute abermals feststellen, daß die Fraktionstätigkeit der Anhänger Brandlers seit 1923 „niemals aufgehört hat". Das ist die eindeutige und autoritative Bestätigung dafür, daß die Moskauer Leninistenpäpste unfähig waren, den Herd des Reformismus in der KPD. zu beseitigen. Es ist eben unmöglich, mit organisatorischen Kniffen und Bannflüchen den Opportunismus zu schlagen. Dieser Versuch des Ekki mußte schon deshalb scheitern, weil die leninistische Internationale immer offener zu einer Propagandazentrale des nepkapitalistischen Aufbaues Rußlands wird und damit die Führung der Komintern in ideologischer und materieller Abhängigkeit zur leninistischen Regierungspartei der Sowjetunion steht.

Die Tatsache, daß der neue Ekkibrief ausschließlich den Kampf gegen die rechte Gefahr proklamiert, wird bei der Masse der KPD.-Mitglieder sicher den Glauben erwecken, daß jetzt endlich Schluß mit dem verkappten Sozialdemokratismus innerhalb ihrer Partei gemacht werden soll. Doch die KPD.-Proletarier tun politisch klug, sich in dieser Beziehung keiner Hoffnung hinzugeben. Es scheint nämlich oberflächlich nur so, als ob das Ekki den Opportunismus mit Stumpf und Stiel ausrotten will. In Wirklichkeit muß das Ekki wieder etliche Disziplinbrecher in die Wüste schicken, um dem ihm gefügigen, aber durch die Thälmann-Affäre stark diskreditierten Zentralkomitee der KPD. neues Ansehen in der Partei zu verschaffen. In Wirklichkeit braucht auch die derzeitige KPD.-Führung ein Scherbengericht über die Rechten, um dadurch besser von ihrer eigenen reformistischen Versumpfung abzulenken.

Im Grunde gibt es gar keine prinzipiellen Gegensätze in der KPD. Die Brandler, Thalheimer u. Gen. sind trotz ihrer großen Verdienste um die opportunistische Entwicklung der KPD. heute nur zu tölpelhaft, diesen Prozeß der reformistischen Entartung intensiv zu fördern. Die politischen Losungen der Brandlergruppe — (wie z. B. „Produktionskontrolle", die identisch ist mit „Wirtschaftsdemokratie") — sind so offen sozialdemokratischen Charakters, daß sie die KPD. jetzt noch nicht verdauen kann, weil in ihren Arbeiterreihen noch zuviel revolutionäre Tradition von früher her lebendig ist. Die Parolen der Brandler-Thalheimer jetzt akzeptieren, hieße die KPD. in den organisatorischen Abgrund stürzen, da das proletarische Element noch nicht genügend „geschult" ist für eine solche nackte sozialdemokratische Politik. Dieser organisatorische Zusammenbruch nur soll durch den „Kampf gegen die rechte Gefahr" verhindert werden — und nichts anderes! Denn auch das vom Ekki gestützte ZK. der KPD. treibt ja unter allerlei Larven und Schminken eine Politik, die im Kern eine sozialdemokratische Tendenz hat. Die heutige KPD.-Führung ist durch das Festhalten des Leninismus an der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Taktik unfähig, der SPD. und ihren Gewerkschaften eine grundsätzlich andere Politik entgegen zu stellen. Der Ruhrkampf hat klar gezeigt, daß die KPD. auch dann, wenn sie radikal auftritt (Wahl besonderer Kampfleitungen), nur der Zutreiber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer ist. Die Brandlergruppe will diese Politik der Einheitsfront mit der Sozialdemokratie offen treiben, ohne radikale Demagogie. Die offizielle KPD. aber kann auf dem Wege ihrer reformistischen Versumpfung noch nicht den Deckmantel der revolutionären Phraseologie entbehren und muß deshalb wieder mal mit den opportunistischen Heißspornen der Brandlerfraktion Fraktur reden.

Der neue Ekkibrief wird deshalb nur dann wie ein reinigendes Gewitter wirken, wenn sein demagogischer Zweck: die Verschleierung des offiziellen Opportunismus der deutschen Leninistensektion, von den KPD.-Arbeitern in revolutionärer Selbstbesinnung vereitelt wird. So richtig es ist, daß nach der Erklärung des EKKI. die Brandlergruppe nur eine „Agentur des Reformismus" darstellt, so falsch ist es, diesen politischen Krebsschaden mit bloßen organisatorischen Zwangsmaßnahmen beseitigen zu wollen. Der seit Jahren tobende Kampf gegen die sozialdemokratische Agentur in der KPD. muß solange erfolglos bleiben, solange er als Fraktionskampf um die Beherrschung des Parteiapparats geführt wird. Erst wenn die KPD.-Proletarier den Stier bei den Hörnern packen und um ein Programm kämpfen, das nicht wie der Leninismus eine Brutstätte des Opportunismus ist, werden sie revolutionären Boden unter den Füßen gewinnen. Dieser prinzipielle Kampf erfordert freilich den konsequenten Bruch mit der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Illusionspolitik und somit die Zertrümmerung der KPD. Aber gerade die Geschichte der deutschen Leninistensektion ist ein klassischer Beweis dafür, daß brennend notwendig ist die Schaffung einer revolutionären Partei, die wie die KAPD. nicht eine Kreuzung zwischen Linkssozialdemokratismus und Nationalbolschewismus ist.